

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 29. August 1931

35. Jahrgang

Nummer 35

Dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M.

Am Montag, dem 31. August, wird im Palmengarten-Restaurant zu Frankfurt a. M. der 14. Kongreß der Freien Gewerkschaften Deutschlands (4. Bundestag des ADGB.), eröffnet. Die vorgesehene Tagesordnung umfaßt einschließlich der geschäftlichen Erledigung 8 Punkte, von denen der eine so wichtig ist wie der andere. Wohl steht die eine oder andere Frage mehr im Vordergrund, weil sie in der vor uns liegenden Zeit zur Lösung gebracht werden soll, wie die Vierzigstundenswoche, Ausbau des Arbeitsrechts, öffentliche und private Wirtschaft. Aber auch die organisatorischen Angelegenheiten, die in den Bundesstatuten und in der Wahl des Bundesvorstandes ihren Niederschlag finden, treten durchaus nicht zurück. Damit hängt sehr eng zusammen der Bericht des Bundesvorstandes für die Zeit vom Hamburger bis zum Frankfurter Kongreß.

Gewiß, es liegen die Jahresberichte des ADGB. vor, und wer sich informieren wollte über die Tätigkeit des von den Rabatinskas wie von den reaktionären Stimmungs- und Scharmachern in gleicher Weise geschmähten und gehähten ADGB., der konnte es vollauf. Auch die jeweiligen Berichte von den Bundesauswahlsitzungen dienen und dienen immer bis ins kleinste der Information über die Tätigkeit und Handlungen des Bundesvorstandes der freien Gewerkschaften. Dennoch ist der mündliche Bericht des Bundesvorstandes auf dem Kongreß in Frankfurt a. M. die Plattform, auf der nur die Beschlüsse in Form und Inhalt für künftige gewerkschaftliche Wirken zustande kommen können. Das ist durchaus keine Neuigkeit, es war schon immer so, daß die Erfahrung aus der zurückliegenden Zeit den Blick für die Zukunftsbearbeitung geschärft und gefestigt hat.

Die „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB. vom 15. August 1931 bringt die zahlenmäßigen Unterlagen über die Gewerkschaften im Jahre 1930. Daß die Mitgliederzahl im letzten Jahr nicht zugenommen hat, ist mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise selbstverständlich. Der Rückgang beträgt jedoch nur 4,7 Prozent, ist also ziemlich unerheblich. Am Anfang des Berichtsjahres zählte der ADGB. 4948 209 Mitglieder, am Schluß 4717 569. Die 35 dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften sind durch Verschmelzungen und den Ausfall der Filmgewerkschaft auf 31 zurückgegangen. Drei Verbände, unter ihnen die Buchdrucker, können eine Mitgliederzunahme aufweisen. Der Rückgang zeigte sich am stärksten beim Steinarbeiterverband, bei dem er 16,7 Proz. beträgt. Diese Tatsache ist eine Rückwirkung der Arbeitslosigkeit, von der die Steinindustrie und der Steinstraßenbau besonders stark betroffen war und leider heute noch ist. Ähnlich steht es bei den Musikern; hier beträgt der Verlust 13,7. Die Arbeitslosigkeit wurde hier vor allem durch die Tonfilmindustrie verursacht. — Die Ausgaben der Gewerkschaften sind im Jahre 1930 um 31,3 Millionen gestiegen, die Einnahmen um 19,7 Millionen gesunken. Hier wirkt sich nicht nur der Rückgang an Mitgliedern aus, sondern auch deren geringe Leistungsfähigkeit; Ausgesteuerte, noch arbeitslose Mitglieder zahlen bekanntlich keine Beiträge. An Extrabeiträgen — dies stellt in der gegenwärtigen Zeit eine besondere Leistung dar — sind 2 100 000 Mark eingegangen. Mehr als die Hälfte der gesamten Ausgaben fallen auf Unterstützungungen. Dieser Ausgabeposten ist gegenüber 1929 enorm gestiegen, und zwar von 86 Millionen auf 123,5 Millionen. Darunter befinden sich u. a. für Arbeitslosenunterstützung mehr als 77 Millionen und für Krankenunterstützung fast 23 Millionen. Die Ausgaben für Arbeitskämpfe sind um 3,4 Millionen zurückgegangen. Das Jahr 1930 wird „hinichtlich der Tarifbewegungen als ein Jahr des Stillhaltens“ bezeichnet. — Die Zahl der Ortsauswahlschüsse des ADGB. betrug 1288, das sind 8 mehr als im Vorjahr. 116 Ortsauswahlschüsse hatten eine Mitgliederzahl von über 25 000. Der Bund unterhält 123 Arbeiter-Sekretariate, außerdem 423 Reichsauswahlsstellen. Die Bildungsarbeit des ADGB. wird durch folgende Zahlen dargelegt: 528 Kurse für Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, 603 Kurse für sämtliche Mitglieder, 4431 Versammlungen mit Bildungsvorträgen, 6743 Gewerkschaftsversammlungen. Im ganzen Reich existieren 167 Gewerkschaftshäuser.

Das Vorstehende sind nur einige, von uns herausgegriffene Angaben aus der Gesamtübersicht.

Der Kongreß tritt in einer Zeit zusammen, die von jedem einzelnen Gewerkschaftsmitgliede große Einsicht in die deutschen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten verlangt, wobei die Vernunft in der Beurteilung des eigenen Kräfteverhältnisses und dessen von drüben nicht zurücktreten darf, noch weniger die Überzeugung von der Notwendigkeit und dem Willen, das private und öffentliche Leben gewerkschaftlich zu beeinflussen. Diese Eigenschaften wie Einsicht, Vernunft, Überzeugung und Willen besitzen, schließt natürlich eine Kritik nicht aus, soll es auch nicht, nur bedingen sie sachliche Würdigung der Leistung und ebensolche Vorschläge um es anders, also besser zu machen.

Dazu liegen bereits eine ziemliche Anzahl von Anträgen vor, sie sind wohl zum Teil verfaßt, ehe die deutsche Finanzkrise vor etwa 5 Wochen ihre Wellen nach Paris und London schlug und schließlich die Vertreter der am meisten interessierten Länder dort ans Land spülte, um dem wackligen kapitalistischen Gefüge eine neue Stütze zu geben versuchen. Diese deutsche Finanzkrise hat für die Öffentlichkeit manche Erklärung gebracht, wieso und weshalb dieses und jenes notverordnet wurde. Bekannt müßte daraus eigentlich sein, daß über die andere Frage: Warum bei allen diesen kapitalistischen Krankheitserscheinungen und staatlichen Angst-

zuständen, der Lebensmöglichkeit des Arbeitsvolkes, einschließlich der Angestellten und unteren Beamten, das meiste Blut abgezapft wurde? — Nicht der ADGB., also nicht die Gewerkschaften zu entscheiden hatten. Hier entschied in erster Linie die in der Zwischenzeit vom Kongreß in Hamburg bis zum Kongreß in Frankfurt eingetretene staatliche Finanzklemme durch die Arbeitslosigkeit der Millionen, den Steuerausfall, ferner das politische wie wirtschaftliche Verhängnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 und die sich immer mehr verschärfende Weltwirtschaftskrise. Alles dieses hat die reaktionären Bestrebungen in Deutschland in demselben

Wer steckt dahinter?

Unter dem 16. 8. 31 ging ein mit Schreibmaschine verfertigtes Rundschreiben an die Belegschaften verschiedener Firmen mit folgender Ueberschrift:

„Vertraulich für alle Mitglieder des Steinarbeiter-Verbandes.“

Statt einer Unterschrift schloß das anonyme Schreiben mit: „Einige Kollegen von Halle.“ Bezeichnenderweise sind die Briefumschläge, in denen dieses Machwerk versandt wurde, gelb, auch tragen sie den Poststempel Halle, womit allerdings noch nicht erwiesen ist, daß die Urheber dieser verbandseindlichen Aktion in Halle sitzen. Doch das ist ziemlich nebensächlich. Worauf es den Urhebern ankommt, werden die Leser an den Kostproben feststellen, welche wir ihnen aus dem anonymen Schreiben geben. Es heißt in demselben:

„Die letzten Vorgänge in Leipzig und besonders der seit 3 Monaten bestehende Streik bei den Kollegen der Marmorbetriebe in Leipzig, Chemnitz und Zwickau verdienen nähere Beachtung. Es wird bei der Verbandsleitung der Steinarbeiter in Leipzig mit zweierlei Maß gemessen, sonst wäre es nicht möglich, daß

1. alle Kollegen in Leipzig, ob sie vor dem Streikbeginn in Arbeit gestanden haben oder nicht, vom Zentralverband die reguläre Streikunterstützung beziehen (auch Fürsorgeempfänger).“

2. die meisten Kollegen vor dem Streik nur 3 Tage gearbeitet haben, durch den Streik jedoch ein höheres Einkommen (bis 42 RM pro Woche) haben als vorher.

Wir sind überzeugt, und sicherlich werden uns die meisten Kollegen im Reich zustimmen, daß eine solche Unterstützung bisher keiner Zahlstelle und keinem Bezirk zugesprochen ist, dazu muß man ganz gute Freunde bei der Verbandsleitung haben und bei denen, die die Kasse verwalten.

Wie stimmt das mit der heutigen Zeit zusammen mit der immer betonten Solidarität? Unter letztes wäre es, gegen die Unterstützung bei den notwendigen Arbeitskämpfen zu schreiben, denn dazu sind unsere Gelder da, aber gerecht muß es bei der Verteilung zugehen. Der Kollege im entferntesten Dorf an der Grenze hat das gleiche Recht, wie diejenigen, die bei der Verbandsleitung am Stammtisch sitzen.

Wie auch die Erklärungen von Leipzig kommen werden, wir und eine große Anzahl von Kollegen aus dem Reich werden den dortigen Verhältnissen ein besonderes Interesse schenken.“

Wäre es den Urhebern des Rundschreibens nur darum zu tun gewesen, Klarheit über ihren Unverständlichen zu erhalten, so brauchten sie den umständlichen, mit großem Zeit- und Kostenaufwand verknüpften Apparat nicht in Bewegung zu setzen. Eine mündliche oder schriftliche Anfrage bei dem von ihnen beschuldigten Verbandsvorstand hätte genügt, ihnen die Grundlage ihrer Beschuldigung zu entziehen. Doch dann wäre ja der gewollte Zweck von vornherein nicht zu erreichen gewesen, während man bei der Hinausgabe der Verleumdungen doch erfahrungsgemäß damit rechnen konnte: „Etwas wird schon hängen bleiben.“ Nur dieser Umstand ist es auch, welcher uns veranlaßt, von unserer sonstigen Übung abzugeben, „anonyme Sachen lediglich dem Papierkorb einzuzerlegen.“

Wie in allen Verbandsangelegenheiten ist auch in dieser Angelegenheit nur das Statut maßgebend gewesen. Es sind weder Arbeitslose in die Reihen der Streikunterstützungsempfänger aufgenommen, noch gehen die Streikunterstützungssätze über die statutarischen Bestimmungen hinaus.

Auf die blöde Behauptung einzugehen, daß man nur gute Freunde bei der Verbandsleitung und bei der Kassenverwaltung zu haben brauche, um Sonderprivilegien auf Kosten der Gesamtmitgliedschaft zu genießen, glauben wir nicht nötig zu haben. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß dem gesamten Verbandsvorstand ein Mitglied so lieb wie das andere ist und daß sich die Gegenleistungen des Verbandes nur nach den Leistungen der Mitglieder richten. Den Stammtisch aber — den wollen wir den Verleumdern schenken, falls sie ihn entdecken. Ein solcher besteht wegen weitverbreiteter Abtinnenz überhaupt nicht.

Mit dieser humoristischen Feststellung könnte man über die Sache hinweggehen, doch hat sie auch eine höchst ernste Seite. Wer steckt dahinter? — Wo sind die Urheber zu suchen? — In gewerkschaftseindlichen Unternehmern- oder Arbeiterfreien? Wir halten das eine so gut möglich wie das andere. Der Erfolg eines solchen listigen Vorgehens kommt aber immer nur den Unternehmern zugute. Daher abgerückt von solchen Methoden.

Der Verbandsvorstand.

Maße gestärkt, wie es die Kraft und den Einfluß der sozialistischen Arbeiterorganisationen geschwächt hat. Dazu nun eine Reichsregierung, die ausnahmslos in ihrer Zusammensetzung nur auf die Wahrung privatkapitalistischer Belange eingestellt ist.

Nicht vergessen werden darf bei Skizzierung dieser allgemeinen Lage die Tragik für die Arbeiterklasse, die in der systematischen Zermürbung ihrer organisatorischen, ideellen und materiellen Kraft liegt, betrieben von den Kommunisten und der von ihnen aufgezogetenen Roten Gewerkschaftsopposition (RGO.). Die Auswirkungen dieser weltrevolutionären Schandarbeit spüren wir nicht nur ständig in der Gesetzgebung gegen das gesamte Arbeitsvolk, sondern auch im Betriebsleben und bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie auch bei der Wahrnehmung arbeitsrechtlicher Interessen im Kleinen.

Das alles wäre noch viel unerträglicher für die Arbeiterklasse, wenn wir nicht die im ADGB. vereinigten Gewerkschaften und ihre Spitzenvertretung, also den Bundesvorstand, hätten. Die Kommunisten bzw. die RGO. haben natürlich für alles und jedes, was in der Wirtschaft und Politik sich zeigt, immer dasselbe Rezept: Streik, Generalkstreik und verleumderisches Schimpfen auf die Gewerkschaften und auf deren politische Vertretung. Dabei ist jedem einigermaßen informierten Arbeiter zur Genüge bekannt, daß die RPD-Methoden samt ihrem sogenannten revolutionären Aufklärer mindestens ebensoviel zur Verschärfung der Lage Deutschlands zum Schaden des arbeitenden Volkes dauernd beitragen wie jene verruchten Methoden der Nazis. Erinnert sei hier nur an die blamable Beteiligung der RPD beim Volksentscheid in Preußen am 9. August. Nun, die Gewerkschaften und ihren Bundesvorstand wird das revolutionäre und nationalsozialistische Geträhle nicht beirren, um auch fernerhin in der von ihnen als richtig erkannten Weise die Lebens- und Staatsinteressen der Arbeiterklasse wahrzunehmen.

Das Wirken des Bundesvorstandes im Namen und in Vollmacht des ADGB. ist so unendlich vielseitig und verantwortungsbewußt für seine Mandatgeber, daß selbst die schärfsten Gegner, falls ihnen noch ein Fünkchen Objektivität anhaftet, mit achtungsvollem Respekt auf diese rührige Gewerkschaftsvertretung blicken; und wer als Bundeszugehöriger diese Arbeitsleistungen im einzelnen verfolgen kann, wird, auch wenn er in manchem ein anderes Resultat sehen möchte, dennoch volles Vertrauen auf den ADGB. und seine Leitung haben. Was allein auf dem Gebiet der Sozialpolitik geleistet wurde und nicht zum wenigsten in der Abwehr der von den Unternehmerspitzenorganisationen seit Jahren geplanten Verschlechterungen, kann hier im einzelnen nicht aufgeführt werden. Wir erinnern nur an den aufreibenden Kampf in der zurückliegenden Zeit um die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Das dauernde Anrennen der Reaktion gegen die Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung ist unseren Kollegen sicherlich bekannt, und das ewige alberne Geschrei der Scharfmacher über „Marxismus“ ist nach deren eigenem Eingeständnis fast nur auf die sozialpolitische Gesetzgebung in Deutschland zurückzuführen und ihre große Wut über das davorliegende schützende Bollwerk — die Gewerkschaften — kennt keine Grenzen. Die zermürbende Wirtschaftskrise und die Zersplitterung der Arbeiter soll, so hoffen die Reaktionen schnellst, Bresche in dieses Bollwerk reißen. Der ADGB. und seine Führung, nebst der sozialdemokratischen Partei lassen sich aber nicht beirren, sind auf der Wacht, deshalb und nur darum immer wieder der vermaledeite — Marxismus.

Wir wollen diesen Faden nicht weiterpinnen, schon deshalb nicht, weil hier nicht alles aufgeführt werden kann, was die Arbeitsleistung des ADGB. und seines Vorstandes umreißt und das nicht immer äußerlich in Erscheinung tritt. Auf dem Kongreß wird das sicherlich genügend erörtert werden.

In der kommenden Woche werden nun Millionen von schwergeprüften Gewerkschaftsmitgliedern mit ihren Gedanken in Frankfurt a. M. weilen; sie wissen, daß diese Gewerkschaftstagung zusammentritt in der schwersten wirtschaftlichen Krise die je die Welt erschüttert hat. Diese Millionen, die seit nahezu zwei Jahren den schwersten Druck ertragen haben, wissen aber auch, daß der Kongreß allein keine Wunderdinge vollbringen kann, um dem wirtschaftlichen Arbeiterleben ein anderes, ein freundlicheres Gesicht zu geben, dazu fehlen ganz wichtige Voraussetzungen; aber diese schaffen helfen, ist Aufgabe jedes einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes. Alles in unserer großen sozialistischen Arbeiterbewegung basiert ja nur auf dem Vertrauen des einzelnen, auf der seltenen Überzeugung zu unserer gemeinsamen Sache. Die Weltwirtschaftskrise unter der die deutschen Arbeiter am schwersten leiden, kann nicht von einer Landesorganisation, und sei sie zahlenmäßig auch noch so stark, gelöst werden; das weiß übrigens jeder einigermaßen geschulte Arbeiter. Dennoch erwarten die circa 5 Millionen Mitglieder von diesem Gewerkschaftskongreß in Zeiten der größten Notlage gangbare Wege gezeigt, um die Arbeitslosen unter erträglichen Existenzbedingungen wieder in die Produktion einzureihen. Sie erwarten weiter, daß der Gewerkschaftskongreß den herrschenden Gewalten in der Gesetzgebung, in der Wirtschaft, in der Politik den eisernen Willen dieser Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter entgegensetzt, um die jegliche Glendseignis in absehbarer Zeit zu ändern. Die Lage ist sehr ernst für alle die es angeht und die verantwortungsbewußt sind.

Wir haben das Vertrauen zum 14. Gewerkschaftskongreß, zu seinen organisatorischen, materiellen und ideellen Trägern, daß sie dieser ernsten Lage durch entsprechende Handlungen in Reden und Beschlüssen gerecht werden. In diesem Sinne übermitteln wir der Frankfurter Tagung im Namen des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands unseren kameradschaftlichen Gruß mit dem Wunsch auf fruchtbringende Arbeit für die Gesamtheit.

Aus dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1930

Der Freistaat Sachsen ist mit Gesteinsvorkommen verschiedenster Art gesegnet. Erinnert sei nur an den Lausitzer Granit, das Elbsandsteingebirge und den Quarzporphyr in der Wurzen Gegend. Diese Gebiete verenden größere Steinmengen nach allen Teilen Deutschlands und, namentlich auch Werkstücke, nach dem Ausland.

Anfang August 1930 waren in Sachsen rund 17 500 Arbeitnehmer in Steinbrüchen und Sandgruben und bei der Steinbearbeitung beschäftigt. Davon waren 48 Prozent in Betrieben mit 50 und mehr Arbeitnehmern, 44 Prozent in Betrieben mit 5 bis 49 Arbeitnehmern und 8 Prozent in Betrieben mit weniger als 5 Arbeitnehmern tätig. Bei allen Industriezweigen ging von 1929 zu 1930 die Zahl der Arbeiter im Durchschnitt um 18,6 Prozent und die Zahl der Angestellten um 3,7 Prozent zurück. Für die Steinindustrie sind die entsprechenden Zahlen für den Rückgang bei den Arbeitern 32,6 Prozent und bei den Angestellten 18,2 Prozent. Diese Zahlen beleuchten so recht die trostlose Lage in unserem Industriezweig.

Da mehr Männer als Frauen zur Entlassung kamen, so stieg innerhalb eines Jahres der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung um 3,5 Prozent.

Der Bericht führt aus, daß sich die Ungunst der wirtschaftlichen Lage auch im Betriebsratwesen widerspiegelt und die Wirksamkeit der Betriebsvertretungen wohl etwas eingeschränkt. Vielfach lehnten Arbeiter das Amt eines Betriebsrates ab, da sie bei der Unfähigkeit der Arbeitsmarktlage einen dauernden Arbeitsplatz dem höchstens auf ein Jahr gesicherten Posten eines Betriebsrates vorzogen. Die Arbeiter fürchteten, daß sich bei den jetzigen Verhältnissen Meinungsverschiedenheiten mit dem Arbeitgeber nicht vermeiden lassen würden und sie dann nach Ablauf ihrer Wahlzeit der Gefahr der Entlassung besonders ausgesetzt seien. In allen Industriezweigen ist 1866mal die Wahl einer Betriebsvertretung von den Gewerbeaufsichtsbeamten angeordnet worden. Die sächsischen Betriebsräte- und Wirtschaftsschulen haben sich 1930 gut weiterentwickelt, in 136 Schulungsorten wurden 8100 Teilnehmer unterrichtet.

Der vorliegende Bericht geht besonders ausführlich auf die Ernährung und Verpflegung der Arbeitnehmer im Betrieb ein. Erwähnt wird da, daß in der Steinindustrie, im Gegensatz zu den meist kürzeren Pausen anderer Industriezweige, die Frühstückspause vorwiegend eine halbe Stunde dauert, da die Steinarbeiter wegen der Schwere ihrer Arbeit „kräftig zu frühstücken“ pflegen. Den Aufenthaltsräumen größerer Fabriken sind oft und denen der Steinindustrie jumeist Kantinen angegliedert. Besonders betont wird, daß in Steinbrüchen, Ziegeleien und Glashütten auch häufig Bier getrunken wird, während in den anderen Industrien der Alkoholverbrauch zurückgegangen ist, und dort kalte und warme Getränke und Speisen meist preiswert geboten werden. Und schließlich wird noch hervorgehoben, daß in der Steinindustrie die Aufenthaltsräume meist zur Aufbewahrung der Kleider mit dienen, während ja in anderen Industriezweigen überwiegend getrennte Umkleieräume mit Schränken für jeden einzelnen Arbeiter und mit ausreichender Waschgelegenheit vorhanden sind.

Die zuständigen sächsischen oberen Verwaltungsbehörden haben fast durchgängig die Anträge einzelner Innungen, die Lehrzeit von drei Jahren auf vier Jahre zu verlängern, vernünftigerweise abgelehnt. Nur für das Steinmetzhandwerk ist die Einführung einer dreieinhalbjährigen Lehrzeit, die vier Bauzimmer zu umfassen hat, genehmigt worden.

Von 128 tödlichen Unfällen im ganzen Freistaat Sachsen entfallen 33 auf die Industrie der Steine und Erden. Die auf die Steinindustrie allein entfallenden Unfälle sind nicht gesondert aufgeführt. Beachtlich sind die folgenden Unfälle:

Bei der Benutzung einer elektrischen Handleuchte mit einem schadhaften Führungstabell erlitt der Arbeiter an einem Steinbrecher einen elektrischen Schlag, der durch Abstoß des Arbeiters eine Arieverstauchung und Verletzungen an Arm und Kopf zur Folge hatte. Mehrfach kamen Verletzungen durch Kurzschluß bei beweglichen Motoren mit Kabelzuleitung vor. Von 62 bei dem Gewerbeaufsichtsdienst Dresden gemeldeten elektrischen Unfällen entfallen nur 5 auf Hochspannungsanlagen, während sich die anderen 57 an Niederspannungsanlagen ereigneten. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß in bezug auf die Unfallfolgen zwischen den verschiedenen Spannungen kein Unterschied besteht, und gerade meist die niederen Spannungen ganz besonders nachteilig auf die Körperfunktionen wirken.

Zwei Arbeiter wurden durch Kurbelschlag an einer Bohrwinde verletzt. Beim Durchgang durch den Jahrschacht unter der abwärts-

gehenden Förderseile einer Abfahrsvorrichtung wurde ein Arbeiter zu Tode gedrückt. Beim Entleeren eines Muldenkippers wurde ein Arbeiter auf die Halbenbüschung geschleudert und von dem Fahrzeug erschlagen.

Fünf Menschenleben wurden durch überraschend niedergehende Steinmassen vernichtet. Ein Steinarbeiter, der das mitgeführte Sicherheitsseil nicht benutzte, stürzte 14 Meter tief ab und erlitt tödliche Verletzungen.

Ein Sprengmeister, der verstreutes Schwarzpulver durch Abbrennen mittels einer Zündschnur beseitigen wollte, erlitt dabei Verbrennungen im Gesicht.

Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat gerade in den letzten Jahren der Unfallverhütung in den Steinbrüchen und bei der Sprengarbeit seine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet. So fanden auch auf Veranlassung des Ministeriums im Berichtsjahr in verschiedenen Landesteilen für die Teilnehmer kostenloser Sprengmeisterkurse statt. Die Vorträge wurden bei diesen Kursen von Gewerbeaufsichtsbeamten und dem zuständigen technischen Aufsichtsbeamten der Steinbrüche-Berufsgenossenschaft gehalten.

Von 127 gemeldeten Berufserkrankungen an Staublunge entfielen 74 auf Angehörige der Steinindustrie. Erkrankungen der Musteln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen sind im Berichtsjahre nicht angezeigt worden. Es scheint dies aber weniger daran zu liegen, daß Erkrankungen durch Preßluftwerkzeuge in der Steinindustrie nicht vorkommen, als daß die Schädigung einer anderen Ursache zugeschrieben wird und den Beteiligten nicht gegenwärtig ist, daß eine meldepflichtige Berufserkrankung vorliegt.

Wegen Arbeitszeitüberschreitung erhielten in der Industrie der Steine und Erden Arbeitgeber gerichtliche Geldstrafen von 85 Mark (12 1/2 Stunden Arbeitszeit), 20 Mark (13 1/2 Stunden) und 130 Mark (72 Stunden Wochenarbeitszeit). Zwei Steinbruchsbesitzer erhielten Geldstrafen von 50 und 100 Mark, da sie den in Form einer polizeilichen Verfügung gegebenen Anordnungen der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht nachgekommen waren. Aus dem gleichen Grund erhielt ein Unternehmer eine Geldstrafe von 10 Mark, da er einen Druckstempel nicht einer amtlichen Wasserdruckprobe unterworfen ließ.

Im Berichtsjahr 1930 waren in der sächsischen Gewerbeaufsicht 82 Außenbeamte, und zwar 36 obere und 46 mittlere Beamte, tätig. Im Gegensatz zu den anderen Ländern des Reiches herrscht in Sachsen eine weitgehende sachliche Gliederung der Beamten, ohne daß dadurch die allgemeinen Belange des Gewerbeaufsichtsdienstes benachteiligt würden. Den einzelnen Beamten werden erst nach mehrjähriger allgemeiner Ausbildung neben dem allgemeinen Dienst besondere sachliche Aufgaben zugewiesen. So trat zu den bereits vorhandenen drei Fachbeamten für Steinbruchsaufsicht im Berichtsjahre noch ein vierter Beamter hinzu.

Bücher und Zeitschriften

Bei südafrikanischen Minenbossen. Im südlichen Afrika lebten früher ein paar Millionen Neger und einige zehntausend Buren auf flüchtig bewirtschafteten Feldern und Weidplätzen. Als am Ende des 19. Jahrhunderts Gold, Diamanten, Kupfer, Kohle entdeckt wurde, änderte sich das Bild. Englische Kapitalisten wurden mobil gemacht und westeuropäische Industrie entstand. Die Stadt Kimberley, der Mittelpunkt dieses Geldehens, erhob sich um das große Diamantenloch, aus dem unermessliche Reichtümer gefluthet wurden. Was für soziale Einwirkungen auf die Bevölkerung diese Veränderung hat, in welcher Weise die Neger umgeformt und „kultiviert“ werden, zeigt auf Grund eigener Studien in der „Urania“, Heft 11, Jahrgang 30/31, Hans Seligo, London. Reiches Bildmaterial ergänzt den Text. Theodor Peters spricht von dem Heidekraut und der Heide. Kurt Stehert läßt das moderne Valaisina gegen Hitler aufmarschieren. Frächtige Bilder von der unheimlichen Natur zeigt Boris Kämmler aus den Naturforschungen. Eine gemächliche Ansicht aus niederer Ebene ist in Wort und Bild in diesem Heft zusammengefaßt. Ein eigenes Abonnement auf diese interessante Zeitschrift empfiehlt sich ungemein. Der Urania-Verleger-Verlag in Jena stellt Anteziferanten gern Probehefte kostenlos zur Verfügung. Aus Anlaß des Beginns des 8. Jahrgangs erlöst der Verlag ein großes Preisverzeichnis, an dem sich jeder beteiligen kann. Werbebedingungen und nähere Informationen sendet der Verlag jedem Beteiligten zu.

Ursprung der „Das Panama der Nordsee.“ Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68. 16 Seiten mit Umschlag und Illustrationen. Preis 10 Pfennig. — Die Tagespresse berichtet jetzt täglich von Arbeitslosen in Textildriften. Das ist das bittere Ergebnis des Nordseestroms, der den größten kapitalistischen Standal dieses Jahrhunderts darstellt. Die den Kapitalismus bildet den Gegenstand der vorliegenden Zeitschrift, die den Chefredakteur der Bremer Sozialdemokratischen Zeitung zum Verfasser hat. Einer schillernd aus dem besten Kenntnis des Nordseestroms dieses Zeitalters aus — einer Festschrift. Das Ueben hat hier einen Roman geschrieben, phantastischer als die Dichter. Der Aufstieg der Lahusen, ihr Luxusbedürfnis und ihre Arbeiter-schikanererei sind mit viel viel unbekanntem Material aufgezeichnet. Einen breiten Raum nimmt die Schilderung der Beziehungen zu den „nationalen“ Reaktionsären ein. Den Gewerkschafter wird besonders der heilige Kampf interessieren, den die Lahusen gegen die Gewerkschaften, für die Gelben durchgeföhrt haben. „Das Panama der Nordsee“ ist eine übrigens journalistisch geradezu glänzend geschriebene Broschüre, die jeden, besonders aber jeden Gewerkschaftsmitglieden interessieren muß. Ihre Anschaffung kann nur dringend empfohlen werden.

Millionäre in Deutschland

Im Jahre 1911 gab es in Preußen 9349 Millionäre. Von diesen befanden sich 6869 in den Städten und 2480 auf dem Lande. Auf die Vermögensgruppe von über ein bis zwei Millionen entfielen annähernd 6000 Steuerpflichtige, auf die Gruppe von zwei bis drei Millionen rund 1600. Zwischen 70 bis 100 Millionen Mark sowie über 100 Millionen Mark versteuerten je 4 Kapitalisten. Alle 9349 Millionäre besaßen zusammen ein Vermögen von 25,5 Milliarden Mark oder pro Millionär 2727 272 RM. Zum nicht geringen Erstaunen konnte man aber aus der amtlichen Statistik erfahren, daß 53 Millionäre nur Steuern für ein jährliches Einkommen von 3000 RM. bezahlten! 40 Millionäre davon hatten ein bis zwei, 9 Millionäre zwei bis drei, 3 Millionäre drei bis vier, ein Millionär über 25 Millionen RM. Vermögen. Diese armen Millionäre hatten der kaiserlichen Steuerbehörde den Nachweis erbracht, daß ihr Vermögen in Unternehmungen angelegt sei, die zur Zeit noch unrentabel seien. Wie es aber möglich war, daß ein Millionär mit 25 Millionen Mark Vermögen nur 3000 RM. zu versteuern brauchte, daß kann man dem gewöhnlichen Menschenverstande nur schwer plausibel machen. Aber die Einkommungskommissionen des monarchistischen Staates haben es verstanden und den Angaben der reichen Millionäre geglaubt.

Infolge Inflation und Konzentration des Kapitals, teilweise auch durch den Zusammenbruch der Monarchie und durch Kapitalflucht ins Ausland hat die Zahl der Millionäre beträchtlich abgenommen. In ganz Deutschland gibt es heute „nur“ noch 2465 Personen, die ein steuerpflichtiges Einkommen von über einer Million besitzen. Mehr als fünf Millionen Mark besitzen 115 Personen. Bierzig Personen haben ein Vermögen von über zehn Millionen Mark zu versteuern.

Der reichste Mann in Deutschland wäre Wilhelm in Doorn, der letzte Kaiser, wenn er in Deutschland haufen würde. Er verfügt über Vermögenswerte von über 300 Millionen Mark. Nach Wilhelm II. folgt Fürst Albert von Thurn und Taxis in Regensburg mit etwa 270 Millionen. Fürst zu Fürstenberg in Donaueschingen verfügt über 120 Millionen Mark an Grundbesitz, Bergwerkseigentum und Hüttenwerken. Fürst Henkel von Donnersmarck hat 115 Millionen Mark Vermögen. Fürst Heinrich XII. von Pleß hat 110 Millionen, Fürst Hohenlohe-Dehringen 100 Millionen Mark Eigentum.

Dank schärfster Ausbeutung der Arbeiterschaft haben es natürlich auch die Schwerindustriellen zu zahlreichen Millionen gebracht. Frau Berta Krupp besitzt 280 Millionen Mark Vermögen. Otto Wolff, der Eisenhändler aus der alten Handelsmetropole Köln, hat durch Krieg, Börsenspiel und Inflation einen Mammon von 130 Millionen Mark in wenigen Jahren zusammengerafft. Die Braunkohlenindustriellen Petschek besitzen zusammen 150 Millionen Mark Reichtumsgüter. Dann rangieren nacheinander als reichste Leute Deutschlands der Generaldirektor der Schultze-Pagenhofer-Bierbrauerei AG., Dr. Sobornheim, der Generaldirektor der Kunstseidenfabriken Dr. Blüthgen, der Generaldirektor des Siemens-Konzerns, R. F. von Siemens, die Besitzer großer Warenhäuser Hermann Tieck, Rudolf Karstadt. Das reichste Bankhaus in Deutschland ist die Firma Mendelssohn in Berlin, dessen Inhaber Manheim 50 Millionen Mark besitzt. Bankier Warburg, der „Geldphilosoph“ von Hamburg, besitzt 20 Millionen Mark. Von den übrigen reichsten Bankiers müssen noch Louis Hagen in Köln, Beit von Spener als Besitzer von rund 10 Millionen Mark erwähnt werden. Nicht vergessen werden darf der Bankrotteur der Danabank, Jakob Goldschmidt, der sich in der gleichen angenehmen Vermögenslage befindet.

In Deutschland stehen also den 60 000 000 Menschen ganze 2500 Millionäre gegenüber. Diese kleine reiche Gruppe kann auf Grund ihres wirtschaftlichen Besitzmonopols rücksichtslos Millionen von Volksgenossen knechten und ausbeuten. Die Beseitigung dieser Ausbeutung kann nur erfolgen, wenn diesen Kapitalisten das millionenfache Besitzrecht genommen wird. Beseitigung der Privateigentums ist die Forderung unserer Zeit, um deren Erfüllung besonders die Gewerkschaftsbewegung kämpft. Angesichts der gewaltigen Volksnot muß sich das republikanische Reichsministerium auch einmal mit einem Notopfer der Millionäre beschäftigen. Diese großverdienenden Grundbesitzer und Industrieapitane, die dauernd über die Begehrlichkeit des armen Mannes seufzen und fortwährend die Sozialversicherung anklagen, diese Herren müssen auch einmal unter die Lupe der Kritik und der erhöhten Krisenfeuertbelastung genommen werden.

Schmizian.

Vor zehn Jahren

Am 26. August 1921, vor 10 Jahren, wurde in Griesbach im badischen Schwarzwald der damalige Reichstagsabgeordnete und Finanzminister Matthias Erzberger von seinen Mördern erschossen. Von dieser Mordtat völkisch-nationaler Kreise führt ein gerader Weg zu den politischen Bluttaten der Nationalsozialisten, über die jetzt beinahe täglich berichtet werden muß. Es ist deshalb vielleicht an der Zeit, an den Erzbergermord zu erinnern und seine Hintergründe aufzuzeigen, zu denen sich heute zahlreiche Parallelen finden lassen.

Erzberger gehörte von 1903 bis zu seinem Tode ununterbrochen dem Reichstag als Zentrumsabgeordneter an. Politisch erregte er zum ersten Male Aufsehen, als er im Jahre 1907 im Reichstag als einziger Abgeordneter für den General von Deimling eintrat, der mit den Hottentotten im Afrikaerriege einen Verständigungsfrieden geschlossen hatte und nun von allen Seiten angegriffen wurde. Man warf ihm vor, daß es preußisch gewesen wäre, den Feind zu vernichten, und nicht, sich mit ihm zu verständigen. Damals wies Erzberger darauf hin, daß Deimling dem deutschen Volke durch das Schlußmachen mittels Verständigung Blut und viele Millionen Gut erripart habe.

Als der Zusammenbruch der militärischen Macht Deutschlands Anfang November 1918 offenkundig wurde und ein Waffenstillstand auf jeden Fall abgeschlossen werden mußte, da geschah es zum ersten Male in der Geschichte der Kriege, daß die Verhandlungen nicht von den Vertretern der militärischen Kreise geführt wurden, sondern daß die Zivilregierung sie führen mußte. Und als Leiter der deutschen Waffenstillstands-Kommission wurde der Abgeordnete Erzberger entsandt, dessen Gesicht es auch tatsächlich gelang, in dreitägigen Verhandlungen die Waffenstillstandsbedingungen wesentlich zu mildern. Daß dieser Mann es aber gewagt hatte, den Waffenstillstand abzuschließen, daß verzeh man ihm in nationalsozialistischen Kreisen nie, und besonders General Ludendorff und sein Anhang haben durch das gegen besseres Wissen verbreitete Märchen von der Schuld Erzbergers am Waffenstillstand die Häufung der Nationalen gegen diesen Mann bewußt geschürt.

Als dann Erzberger als Finanzminister noch gar versuchte, die Kriegsgewinne durch eine gerechte Steuerpolitik zu erfassen, schlug das dem Haß den Boden aus. In der Presse der Rechten, in ihren Versammlungen und Kundgebungen wurde eine Hege gegen Erzberger entfaltet, wie sie wohl beispiellos ist. Kurz nach seiner Ermordung erschien eine Sammlung der wesentlichsten dieser Äußerungen, denen der Herausgeber mit Recht den Titel geben konnte: „Dokumente menschlicher und politischer Verkommenheit!“ Und der „Vorwärts“ schrieb damals:

„Gegen keinen Mann in Deutschland ist eine schamlosere und gemeinere Hege entfaltet worden als gegen den ermordeten Erzberger. Man hat mit Hilfe korruptierter Beamten seine Steuerakten gestohlen, man hat ihn grundlos des Meineids verdächtigt, man hat die niederträchtigsten Lügen über seine Person kolportiert, man hat ihm jedes Schleihte nachgesagt, man hat ihm persönlich die Verantwortung für jedes Unheil, für jeden Mißstand in die Schuhe geschoben. Und der Grund dieses Kesseltreibens war kein anderer, als daß Erzberger den Mut hatte, die Konsequenzen aus der Niederlage zu ziehen, in die ganz andere Männer und Kreise

Deutschland hineingeföhrt hatten. Die wirklich Verantwortlichen drückten sich feige vor den Folgen ihrer Politik.“

Als dann Erzberger tatsächlich von den Augen verkehrter junger Menschen fiel, da herrschte in den sich so national gebärdenden Kreisen eitel Freude. Man fand kein Wort des Bedauerns für diese Untat, sondern man gab seiner Freude unverhohlenen Ausdruck. Kennzeichnend ist vielleicht die Strophen eines Liedes, die nach dem Erzbergermord gesungen wurde:

Run danket alle Gott
Für diesen braven Mord!
Den Erzhalunken, scharrt ihn ein,
Heilig soll uns der Mörder sein,
Die Fahne Schwarz-Weiß-Rot!

Einen anderen Mann nahm sich die Reaktion zum Ziel ihrer Hege, als Erzberger gefallen war: Walter Rathenau! Auch er fiel durch Mordhand. Auch gegen Ebert, Stresemann und Hermann Müller-Franken wurden die unsinnigsten und schmutzigsten Verleumdungen ausgekreut. Viel zu früh raffte der Tod diese großen, überragenden Staatsmänner der jungen Republik hinweg; ob nicht die ewigen unbegründeten Anfeindungen zu ihrer schweren Krankheit und ihrem frühen Tode beigetragen haben?

Den Rechtsradikalen, der Nazi-Fest, genügen diese Blutopfer und die der vielen namenlosen Helden nicht, die im Dienste der Republik Gesundheit und Leben opfern mußten. Die Hege geht weiter. Braun und Severing sind jetzt die Männer, die im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Angriffe stehen. Und zu den Nazis haben sich die Kommunisten gesellt, die mit ihrem wüsten Geschrei die nationalsozialistische Hege zu überbieten versuchen. Der Volksentscheid, den diese ungleichen Brüder in Preußen gegen die verhasste Regierung in Preußen eingeleitet hatten, ist zwar kläglich gescheitert. Anstand und Vernunft haben gesiegt. Wird jetzt aber auch im politischen Leben Anstand und Vernunft die Oberhand behalten oder soll es so weiter gehen, daß das politische Komodum dem öffentlichen Leben das Gepräge gibt?

Praktisch wird diese Entscheidung bei jedem einzelnen liegen. Die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse haben große Massen Unzufriedener zu Mitläufern der Nazis und der Kommunisten werden lassen. Das Maulheldentum dieser politischen Parteien hat seine politische Ohnmacht jetzt bewiesen. Das sollte das Signal für alle Laien und Schwankenden sein, sich dem großen Heere derer anzuschließen, die fest und unbeirrt kämpfen für Demokratie und Sozialismus, gegen Maulheldentum und politischen Mord!

Arbeit...

Auf Kalenderzetteln und in Zusammenstellungen von Zitaten findet man oft Verse und Sprüche, die vom Lob der Arbeit sprechen. Fast wirken sie in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit wie ein Hohn. Ueber die innere Wahrheit der meisten dieser Verse ist nicht zu streiten, sie passen aber nicht in unsere Zeit, in der Millionen Menschen wohl brennend gern arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden. Diese Menschen wollen nichts vom Lob der Arbeit wissen, in bitterer Selbstironie verulkeln sie ihr trauriges Los, die gestülkelten Worte, die bei ihnen von Mund zu Mund gehen, sind

nichts weiter als Galgenhumor, und nichts wäre verkehrter, die „Urteile“ der Arbeitslosen wörtlich zu nehmen und danach etwa ihre Arbeitswilligkeit und Arbeitsfreudigkeit zu beurteilen.

Bezeichnend für die Einstellung des Arbeitslosen ist vielleicht die nachfolgende Umdeutung eines bekannten Liedes:

„Wer die Arbeit hat erfunden,
hat an Stempeln nie gedacht,
sonst hätte er die schönsten Stunden
auf dem Nachweis zugebracht!“

Und etwas bißig heißt es: „Der Kerl, der die Arbeit erfunden hat, muß nicht zu tun gehabt haben!“

Gegenseitig ulken sich die „Stempelbrüder“, so nennen sich die Arbeitslosen selbst zuweilen, gern an:

„Woher hast du denn den steifen Hals?“
„Ich hab mich nach Arbeit umgesehen!“

Oder: „Der hat keine Angst vor der Arbeit, der legt sich sogar neben ihr schlafen!“

Oder: „... Der kann das größte Stück Arbeit liegen lassen!“
Von der Arbeit selbst heißt es:

„Wer die Arbeit kennt, der hüt sich vor!“
„Beschäftigung ist ganz schön, aber sie darf nicht in Arbeit ausarten!“

„Arbeit ist ganz schön, stundenlang kann man zusehen!“
„Beim Arbeiten verbummelt man die meiste Zeit!“
Ein Gespräch zwischen Arbeitslosen:

„Mensch, warum gehst du nicht nach Hause und legst dich ins Bett?“
„Ich traue mich nicht, ich könnte ja von Arbeit träumen!“
„Kennen Sie übrigens schon den „Miß“ von 1932?“
„Kief mal, da geht einer arbeeten!“

Aus der Zeit vor dem Kriege fallen einem dabei einige solche Verse und Sprüche ein. Der eine handelt von der Arbeit:

„Wer Arbeit kennt und sich nicht drückt,
der ist verriickt!“

Und ein anderer:

„Solang der Bauch in die Weste paßt,
wird keine Arbeit angefaßt!“
Schließlich noch ein dritter:

„Und wenn sie uns die Stiefelsohl'r
mit Raviar beschmieren,
wir lassen uns nicht, wir lassen uns
zur Arbeit nicht verführen!“

Damals fiel es keinem ein, wegen solcher Verse etwa die Arbeitslosen, die es ja damals auch gegeben hat, als arbeitslos oder faul zu bezeichnen oder gar den Staat und seine Fürsorgeeinrichtungen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, wie es heute von rechts und von einigen besonders eifrigen Moralisten immer wieder geschieht. Sie alle kennen wahrscheinlich nicht die Ergänzung eines bekannten Verses, mit der wir unsern kleinen Streifzug schließen wollen:

Arbeit ist des Bürgers Fierde,
Segen ist der Mühe Preis. —
Arbeitslos ein Zimmerleben,
Not und Elend haufenweis!

Hansotto Löggou.

Aus dem Verband für den Verband

Was irgend gehen will und wanken,
Muß in der Welt zusammenhalten

Willst du dich am Ganzen erquickten / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schrift wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Die Entwicklung des Steinarbeiterverbandes im Rahmen des ADGB seit 1928

Erklärung: Die in den Jahresrubriken angegebenen Zahlen geben die Stelle an, an welcher der Verband im ADGB der Reihe nach steht. Zum Beispiel mit der Mitgliederzahl im Jahre 1928 an 17. Stelle von 34 Verbänden; 1930 an 16. Stelle von 31 Verbänden.

Es stand der Verband im ADGB an ... Stelle	1928	1930
in der Mitgliederzahl	17.	16.
mit der Einnahme an Beiträgen pro Kopf	11.	23.
mit der Ausgabe pro Kopf für		
Arbeitskampfe	4.	6.
sonstige Unterstüßungen	13.	18.
Presse und Bildungsarbeit	16.	14.
Agitation und Organisation	5.	1.
Kosten der Hauptverwaltung		
persönliche	25.	15.
sächliche	15.	11.
Verwaltungskosten der Zahlstellen	30.	28.
mit den den Zahlstellen verbleibenden Beiträgen	13.	12.
im Jahresdurchschnitt der Arbeitslosigkeit	13.	3.
mit dem Durchschnittslohn der Steinarbeiter und Steinseher	3.	3.

Zu vernehmender Gegenüberstellung zunächst einige allgemeine Bemerkungen. In den 3 Jahren von 1928 bis 1930 haben sich die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wesentlich verändert. Dabei sind die verschiedenen Wirtschaftszweige und deren Organisationen keineswegs gleichmäßig von der Krise betroffen worden, abgesehen von der Kreditkrise, die das deutsche Wirtschaftsleben im Sommer 1930 heimgesucht hat. Doch auch von dieser Teufelskreise sind wieder die Wirtschaftskreise am meisten betroffen, die schon vorher am ärgsten geschwächt waren und des Kredites am meisten bedurften. Zu diesen Wirtschaftskreisen gehören zweifellos die Steinindustrie und der Steinstraßenbau. Das zeigt schon das Aufsteigen in der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit. Der Verband rückte von der 13. auf die 3. Stelle auf, womit erwiesen ist, daß der Steinarbeiterverband im Jahre 1930 auch relativ unter viel schwierigeren Verhältnissen kämpfen mußte, als dies noch 1928 der Fall war. Wenn trotzdem für unsere handwerklichen Berufe (Steinarbeiter und Steinseher) die gleiche Stelle in der Reihenfolge der Stundenlöhne im ADGB gehalten werden konnte, so ist das ein nicht zu unterschätzender Erfolg aller hierauf verwendeten Bemühungen. Für die übrigen Berufsgruppen liegen anwendbare Vergleichsziffern leider nicht vor.

Mit der Mitgliederzahl (im Jahresdurchschnitt) rückten wir teilweise infolge der durch Zusammenfluß eingetretener Verminderung der Zahl der dem ADGB angeschlossenen Verbände nun der 17. auf die 16. Stelle. Mit den meisten Mitgliedern beginnend ergab sich in den 3 Jahren folgende Veränderung in der Reihenfolge:

Nr.	1928 Mitglieder	Nr.	1930 Mitglieder
1	Metallarbeiter ... 884 027	1	Metallarbeiter ... 951 270
2	Fabrikarbeiter ... 457 657	2	Gesamtverband ... 682 989
3	Baugewerksbund ... 435 156	3	Baugewerksbund ... 476 276
4	Berufsbund* ... 368 052	4	Fabrikarbeiter ... 455 579
5	Holzarbeiter ... 306 660	5	Holzarbeiter ... 308 872
6	Textilarbeiter ... 306 137	6	Textilarbeiter ... 288 657
7	Gem.- u. Staatsarb.* ... 243 968	7	Eisenbahner ... 248 107
8	Eisenbahner ... 240 913	8	Bergarbeiter ... 193 095
9	Bergarbeiter ... 196 049	9	Nahr.- u. Getränkearb. ... 177 167
10	Nahr.- u. Getränkearb. ... 159 636	10	Landarbeiter ... 161 579
11	Landarbeiter ... 151 273	11	Zimmerer ... 106 857
12	Zimmerer ... 107 354	12	Buchdrucker ... 89 835
13	Buchdrucker ... 82 767	13	Bekleidungsarbeiter ... 73 219
14	Schuhmacher ... 78 834	14	Tabakarbeiter ... 72 644
15	Bekleidungsarbeiter ... 77 884	15	Schuhmacher ... 69 101
16	Tabakarbeiter ... 75 501	16	Steinarbeiter ... 62 554
17	Steinarbeiter ... 68 033	17	Maler ... 59 434
18	Buchbinder ... 55 128	18	Buchbinder ... 56 647
19	Maler ... 53 775	19	Maschinenisten ... 51 416
20	Maschinenisten ... 48 568	20	Graph. Hilfsarbeiter ... 40 173
21	Graph. Hilfsarbeiter ... 40 691	21	Lederarbeiter ... 34 968
22	Lederarbeiter ... 37 855	22	Hot.-, Rest.-, Caféangest. ... 31 154
23	Sattler, Tap., Portef. ... 30 614	23	Sattler, Tap., Portef. ... 29 898
24	Hot.-, Rest.-, Caféangest. ... 27 153	24	Lithographen ... 24 861
25	Lithographen ... 23 719	25	Musiker ... 21 033
26	Musiker ... 23 055	26	Hutarbeiter ... 16 961
27	Hutarbeiter ... 18 509	27	Melker ... 12 741
28	Melker ... 11 456	28	Dachdecker* ... 10 912
29	Dachdecker ... 10 843	29	Kupferschmiede ... 7 037
30	Gärtner ... 10 518	30	Frisseure ... 4 267
31	Feuerwehrmänner* ... 7 740	31	Schornsteinfeger ... 3 120
32	Kupferschmiede ... 7 024		
33	Frisseure ... 4 057		
34	Schornsteinfeger ... 2 980		

Zusammen 4 653 586

* Verkehrsband, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Gärtner und Feuerwehrmänner vereinigen sich zum „Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personals- und Warenverkehrs“, womit dieser Verband 1930 an die 2. Stelle rückte. — Die Dachdecker schlossen sich dem Baugewerksbund an.

Im Vergleich der Mitgliederzahlen am Ende der Jahre 1929 und 1930 zeigen sich die ersten verheerenden Wirkungen der Krise. Nur die Verbände der Buchdrucker, Melker und Schornsteinfeger vermochten noch zuzunehmen. Es hatten Mitglieder

am Ended. Jahres Abnahme	1929	1930	v. H.
1. Steinarbeiter	67 982	56 635	16,7
2. Musiker	22 327	19 265	13,7
3. Frisseure	4 452	3 952	11,2
4. Bekleidungsarbeiter	76 778	68 581	10,7
5. Sattler, Tapezierer, Portefejueller	31 411	28 321	9,8
6. Dachdecker	11 446	10 380	9,3
7. Schuhmacher	72 201	65 902	8,7
8. Landarbeiter	179 626	165 505	7,8
9. Textilarbeiter	297 061	276 574	6,9
10. Kupferschmiede	7 268	6 778	6,7
11. Buchbinder	58 574	54 795	6,4
12. Fabrikarbeiter	469 532	441 292	6,0
13. Baugewerksbund	489 885	462 428	5,6
14. Zimmerer	109 539	103 678	5,3
15. Graphische Hilfsarbeiter	41 007	38 985	4,9
16. Holzarbeiter	315 155	299 924	4,8
17. Lederarbeiter	35 756	34 236	4,2
18. Eisenbahner	250 683	240 410	4,1
19. Maler	60 377	57 894	4,0
20. Gesamtverband	700 173	673 375	3,8
21. Hotel-, Restaur.- u. Caféangestellten	31 492	30 290	3,8
22. Bergarbeiter	198 024	190 855	3,6
23. Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter	179 067	174 469	2,6
24. Metallarbeiter	965 443	940 578	2,5
25. Tabakarbeiter	74 241	72 543	2,3
26. Maschinenisten	52 816	51 836	1,8
27. Hutarbeiter	16 932	16 740	1,1
28. Lithographen	24 828	24 787	0,2
29. Buchdrucker	88 573	90 889	—
30. Schornsteinfeger	3 073	3 172	—
31. Melker	12 487	13 000	—

Zusammen 4 948 209 4 717 569 4,7

Der starke Rückgang unserer Mitgliederzahl wird zum größten Teil erklärlich durch die seit Mitte 1929 rapid abnehmende Be-

schäftigungsmöglichkeit in allen Zweigen des beruflichen Geltungsbereiches unseres Verbandes, wobei allerdings die eine oder andere Berufsgruppe zeitlich mehr oder weniger betroffen wurde.

Der Mitgliederabgang ist in den Gruppen unseres Verbandes am stärksten, deren Angehörige auch in Zeiten guter Konjunktur nicht ausschließlich auf den Erwerb in der Steinindustrie angewiesen sind (kleine Landwirte, Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter), während die nur auf Steingewinnung, Steinbearbeitung und Weiterverarbeitung angewiesenen Kollegen dem Verbande im großen und ganzen auch in der beschäftigungslosen Zeit die Treue bewahrt haben. Der in diesen Kreisen zu verzeichnende Abgang ist zum großen Teil auf die zersetzende Agitation der KGD. zurückzuführen, während in den erstgenannten Kreisen mehr die nationalsozialistische Propaganda die gewünschte Wirkung, nämlich die Schwächung der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, gehabt hat. Im Grunde genommen wirken sich, wie immer wieder festgestellt werden muß, Sakentanz und Sowjetkern in der wirtschaftlichen und politischen Einheitsbewegung gleich schädlich aus.

Wie im ADGB. sind im Verbands die Einnahmen gegen das Vorjahr gesunken, die Ausgaben aber gestiegen. In welchem Maße zeigt folgende Gegenüberstellung:

A. Einnahme		im Steinarbeiterverband	
im ADGB.	1929	1930	weniger
R.M.	R.M.	R.M.	v. H.
251 385 248	231 655 304	7,8	2 378 528
B. Ausgabe		im Steinarbeiterverband	
im ADGB.	1929	1930	mehr
R.M.	R.M.	R.M.	v. H.
202 944 077	241 183 391	18,8	1 724 335
			1 841 518
			6,8

Die erhebliche Differenz in der verminderten Einnahme des Verbandes gegenüber der gleichfalls verminderten Einnahme aller ADGB-Verbände wird sofort erklärlich, wenn die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beider Faktoren in Vergleich gestellt wird. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Jahre 1930 betrug im ADGB. 23,0 Prozent, im Steinarbeiterverband aber 47,6 Prozent. Welche gewaltige Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse in Steinindustrie und Steinstraßenbau eintrat, beweist auch der Umstand, daß der Steinarbeiterverband mit seiner jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit 1928 an 13. Stelle, 1930 an 3. Stelle stand.

Die verhältnismäßig bedeutend höhere Mehrausgabe im ADGB. erklärt sich durch die weitergehenden Unterstüßungseinrichtungen der meisten anderen Verbände. Wegen der überaus hohen Zuaniprüfungnahme derselben (bei ständiger Verringerung der Einnahmen) haben sich einige Verbände bereits genötigt, einen teilweisen Abbau ihrer Unterstüßungsarbeit vorzunehmen.

Daß die Aktionsfähigkeit des Verbandes trotz der überaus ungünstigen Verhältnisse nicht über das normale Maß hinausgehend gelitten hat, zeigen unsere Ausgaben für Arbeitskampfe, mit denen wir im Krisenjahr 1930 immer noch an 6. Stelle stehen. Mit den Ausgaben für Presse und Bildungszwecke sind wir trotz der gemachten Einsparungen im Bildungsweien (Unterbrechung der Wanderturse) noch von der 16. auf die 14. Stelle gerückt, was unser Bestreben, gerade auf diesem Gebiete nicht ins Hintertreffen zu geraten, keineswegs abschwächen soll.

Mit den Kosten für Agitation und Organisation sind wir von der 5. an die 1. Stelle gerückt. Es wird dies erklärlich, wenn man sich das Rekrutierungsgebiet unseres Geltungsbereiches etwas näher ansieht. Ungefähr die Hälfte unserer Berufskollegen wohnt auf dem Lande, ein Viertel in Klein- und Mittelstädten und ein Viertel in Großstädten. Es erfordert mithin an sich schon erheblich viel Mehrkosten an das Gros der Berufscollegen heranzutommen, ganz abgesehen, aber dann, wenn in Krisenzeiten vermehrte Bemühungen erforderlich sind, um das Organisationsinteresse der Kollegen zu wecken und wachzuhalten.

Die Kosten der Hauptverwaltung erfuhren eine wesentliche Steigerung infolge der Durchführung des Berliner Verbandstagsbeschlusses: Rechts- und Straßenbauabteilung durch je einen Kollegen (Neumüller und Schlegel) zu erweitern. Ob und inwieweit sich diese Neuerung bewährt hat, geht aus dem Jahrbuch des Verbandes für 1930 hervor. Mit den persönlichen Kriegen natürlich auch die sächlichen Kosten dieses Kontos.

Die Verwaltungskosten der Zahlstellen müssen nach wie vor trotz des Aufrückens von der 30. auf die 28. Stelle als äußerst gering angesehen werden. Es dürfte sich an dem früheren Verhältnis nicht einmal etwas geändert haben, denn von unten angefangen, standen wir bei 34 dem ADGB. angeschlossenen Verbänden an 5. Stelle und bei der verminderten Zahl der Verbände von 31 an 4. Stelle. Mit den den Zahlstellen verbleibenden Beiträgen stehen wir mit 5,64 R.M. pro Mitglied zwar unter dem Durchschnittsbeitrag von 7,40 R.M., doch wurde letzterer von 15 Verbänden nicht erreicht, während er nur von 9 Verbänden überschritten wurde. Von 7 Verbänden (von 31) lagen keine Angaben vor. Wir stehen also, wie angegeben, in dieser Beziehung an 12. Stelle von 24 Verbänden, mit der Zahl der Angestellten stehen wir an 18. Stelle, während wir wie bereits erwähnt nach der Mitgliederzahl an 16. Stelle stehen.

Mit vorstehenden Ausführungen wollten wir den Mitgliedern an Hand von Zahlen ein möglichst genaues Abbild der in den letzten 3 Jahren vor sich gegangenen Entwicklung des Verbandes und seines gegenwärtigen Standes geben. Möge jeder Kollege aus dieser Schilderung das Gesamtergebnis selbst feststellen und die im Verbandsinteresse gelegene Nutzenanwendung daraus ziehen.

Strassenbau und freiwilliger Arbeitsdienst

Nach den bisherigen Erfahrungen, die allerdings so gering sind, daß sie Schlüsse noch nicht zulassen, scheint die feste Absicht zu bestehen, den Straßenbau als ein geeignetes Arbeitsgebiet für den „freiwilligen“ Arbeitsdienst zu betrachten. Die Gemeinden, in deren Händen die Ausführung der Arbeiten, die hauptsächlich unter den Arbeitsdienst fallen, liegt, wollen auf diese Art und Weise zu einer billigen Modernisierung ihrer Straßen kommen. Wenn auch an sonstigen Kosten nichts gespart wird, denn die Baumaterialien werden durch den „freiwilligen Arbeitsdienst“ nicht billiger, so spart man aber doch die Lohnkosten, und darauf scheint es in erster Linie anzukommen. So sehr man die Not der Gemeinden verstehen kann, derartige Bestrebungen richten sich aber gegen die Arbeiter und sind keineswegs gutzuheißen. Die „freiwilligen“ Arbeitspflichtigen treten als Lohnrücker auf, sie arbeiten umsonst oder gegen ein kleines Entgelt, sie verdrängen dadurch natürlich den Freiarbeiter, der gegen Tariflohn arbeitet. Die Gemeinden werden selbstverständlich ihre Straßenbauarbeiten lieber von freiwilligen Arbeitsdienst ausführen lassen. Voran gehen hier die Städte mit reaktionärer Stadtverwaltung, in denen Nazis, Deutschnationale und Wirtschaftsparteiler den Ausschlag geben.

Eine Reihe von Einzelfällen, die sich in den letzten Wochen zugetragen haben, beweisen die Gefährlichkeit des Experiments. Die Verkehrsbehörde Berlin-Brandenburg hat eine Eingabe an den Landesdirektor der Provinz Brandenburg und an den Magistrat der Stadt Berlin gerichtet, in der auf die Herstellung von Radfahrwegen durch den freiwilligen Arbeitsdienst hingewiesen wird. Die Eingabe beruft sich auf die Notverordnung vom 6. Juni, worin die Flüssigmachung von Geldern für den freiwilligen Arbeitsdienst vorgeesehen ist. Radfahrwege sind durchaus notwendig, sie können

als Notstandsarbeiten, nicht aber im sogenannten „freiwilligen Arbeitsdienst“ ausgeführt werden. Genau so verhält es sich mit dem Straßenbau. Auch er kann als Notstandsarbeit durchgeführt werden. Was hier als „freiwilliger Arbeitsdienst“ angepöbeln wird, stellt sich beim näheren Hinsehen als Zwangsarbeit heraus.

Der „freiwillige Arbeitsdienst“ ist nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein gefährliches Experiment. Gelpart werden kann hier nur am Lohn, andere Ersparnismöglichkeiten bestehen nicht. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, Dr. Stryup, hat die beim Straßenbau möglichen Ersparnisse wie folgt berechnet:

„Die Herstellung einer Landstraße erfordert zum Beispiel einen Gesamtaufwand von 4 Mill. Reichsmark. Bei dieser Arbeit könnten etwa 360 Arbeitsdienstpflichtige bei achtstündiger Arbeitszeit acht Monate beschäftigt werden. Legen wir beim freien Arbeitsverhältnis unter Hinzurechnung von Steuern und sozialen Lasten einen Tagelohn von annähernd 10 Mark zugrunde, so hätten durch unentgeltliche Beschäftigung von Arbeitsdienstwilligen an Arbeitslöhnen rund 700 000 Mark erspart werden können. Die übrigen Kosten von 3,3 Millionen hätten aufgebracht werden müssen. Bei einem zweiten Straßenbau, der Gesamtaufwendungen von 1 Million erforderte, hätten bei einer Beschäftigung von 125 Arbeitsdienstwilligen während acht Monaten 250 000 Mark an Löhnen erspart werden können, 750 000 Mark wären aufzubringen gewesen.“

Also auf Kosten der Arbeiter geht die Durchführung der Straßenbauarbeiten! Sie sollen umsonst arbeiten. Nur so ist es möglich, daß an einem Straßenbau, der eine Million kostet, 250 000 Mark gespart werden können. Die Unternehmer, die die Baumaterialien liefern, büßen an ihrem Gewinn nichts ein. Auch der Unternehmer, der mit der Durchführung der Arbeit beauftragt ist, erleidet keine Einbuße. Wird die Durchführung der Arbeit einem gemeinnützigen Verein übertragen, so verbilligt sich die Arbeit dadurch nicht im geringsten. Es ist vielmehr mit einer Verteuerung zu rechnen, da das Aufsichtspersonal, vor allem aber die Führer dieser Organisationen dabei verdienen wollen. Man braucht sich nur die Richtlinien der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes anzusehen und man weiß, zu welchem Zwecke die Rechtsparteien den Arbeitsdienst wünschen.

Die Modernisierung des Straßennetzes in Deutschland ist notwendig und wird auch von uns gewünscht und befürwortet. Aber nicht auf dem Wege des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes darf die Durchführung vorgenommen werden.

Die Ersparnisse, die dabei angeblich gemacht werden können, sind so unbedeutend, daß sie kaum ins Gewicht fallen. Denn was an Arbeiterlöhnen gespart wird, wird auf der anderen Seite, sobald die kassierlichen Organisationen und Verbände mit ehemaligen Offizieren und Professoren als Führer in Aktion treten, doppelt aus dem Fenster geworfen. Bei den Arbeitern aber muß eine Verbitterung entstehen, die, so ist zu befürchten, sich in erster Linie gegen die Republik richtet, die den Schutz durch die Arbeiter doch sehr nötig hat.

Eigenartiges Sprengungslück in einem Grauwackesteinbruch

Gewerberat Franke-Lüdenscheid berichtet in dem Aprilheft des „Zentralblattes für Gewerbehygiene“ über einen eigenartigen Sprengungslück, der sich in einem großen Grauwackesteinbruch zugetragen hat. Der nachstehend geschilderte Unfall verdient um deswillen besondere Beachtung, weil sich dabei eine unfaßbar hitzige Maßnahme verhängnisvoll ausgewirkt hat.

In einem großen Grauwackesteinbruch, so berichtet Gewerberat Franke, waren 8 Schüsse, davon ein Knäpperlück, gesetzt worden. Die Bohrlöcher der Schüsse war etwa 2,4 Meter bei einem Abstand von 3 Metern. Sämtliche Schüsse waren mit Ammoniak 5 befüllt. Für den Knäpperlück war nur Zündung mittels Zündschnur vorhanden, bei den beiden anderen Schüssen war den Vorschriften entsprechend außer der elektrischen Momentzündung je etwa eine 1,4 Meter lange Zündschnur mit Kapfel als zweite Zündung beigelegt. Die zur Verwendung gekommene Zündschnur war doppelt umspannen und geteert; die elektrischen Zünder waren Brückenglühzünder mit aufgekletterter Aluminiumsprengkapsel Nr. 8. Als Zündung dienten mit Gummi umpreßte Drähte. Die Unfalluntersuchung ergab, daß der Vorrat an Sprengmitteln sich in brauchbarem Zustande befand. Zuerst wurde der Knäpperlück angezündet, dann die beiden Zündschnüre für die anderen Schüsse, nachdem vorher die elektrische Zündleitung ordnungsgemäß geprüft war. Nachdem der Knäpperlück nach kurzer Zeit explodiert war, erfolgte elektrische Zündung von einer gedeckten Stellung aus. Dabei erfolgte eine Detonation. Der Schießmeister gab dann im guten Glauben, daß beide elektrisch gezündeten Schüsse gekommen seien, das Zeichen für den Schluß der Sprengung. Nach etwa 10 bis 12 Minuten, nachdem die ganze Belegstelle die Deckung verlassen hatte und an der Sprengstelle vorbeigegangen war, der Schießmeister, Bruchmeister und ein Arbeiter die Sprengstelle besichtigten, erfolgte aber die Detonation eines der beiden elektrisch gezündeten Schüsse, wobei der Schießmeister einen schweren Beinbruch, der Bruchmeister und der Arbeiter schwerer Weichteilverletzungen davontrugen. Die Lage der beiden Schüsse war so, daß nicht ohne weiteres erkannt werden konnte, daß ein Schuß nicht gekommen war. Die Ursache des Unglücks kann mit Bestimmtheit nicht angegeben werden. Es sind zwei Erklärungen möglich, wobei stets vorausgesetzt sein muß, daß der Anglückschuss bei der elektrischen Zündung zu einem Versager führte, sei es durch Kurzschluss der Zünderdrähte oder durch Lockerung der Zündkapseln am Zünder.

1. Der benachbarte Schuss hat bewirkt, daß sich das Gebirge innerhalb der genannten Zeit gesetzt oder verschoben hat, wodurch infolge Reibung oder Druck der Verlagerung der Entzündung gebracht ist. Diese Erklärung dürfte die unwahrscheinlichere sein, weil es allgemein für ausgeschlossen angesehen wird, daß das gegen mechanische Beanspruchung sehr unempfindliche Ammoniak 5 durch Gebirgsdruck zur Detonation gekommen sein kann. Anders verhält es sich dagegen mit einer etwa unversehrt gebliebenen Sprengkapsel, da diese durch Schlag, Stoß oder Reibung zum Zerspringen gebracht sein könnte.

2. Die Zündschnur des nachträglich gekommenen Schusses ist infolge des ersten Schusses durch Gebirgsverschiebungen beschädigt worden. Die beschädigte Stelle hat langsam weitergeglüht, bis der Funke wieder die Pulverseele des noch unbeschädigten Zündschnurendes erreicht hat. Der Schuss ist nach dieser Verzögerung gekommen. Es bestanden zunächst Zweifel, daß die Brenndauer einer Zündschnur von nur 1,4 Meter Länge um die verhältnismäßige Zeit von 10 bis 12 Minuten verzögert werden kann. Da aber die Möglichkeit einer solchen Verzögerung seitens einer Zündschnurfabrik gegeben wird, so dürfte diese Erklärung die richtigere sein. Bei einer Bohrlöcherweite von mehr als 2 Meter müssen nach § 112 der Unfallverhütungsvorschriften der Steinbruchbesitzer genossenschaftlich und nach der für den Steinbruch geltenden Polizeiverordnung zwei Zündschnuren angebracht werden; über die Art und Weise der Zündung bei elektrischen Zündern wird zwar nichts gesagt, doch werden diese Vorschriften sinngemäß auch für elektrische Zündung maßgebend sein. Bei Verwendung der oben angegebenen Zündungsart muß es aber als unzweckmäßig angesehen werden, daß bei Benutzung der elektrischen Zündung als Hauptzündung die Zündschnüre bereits vorher in Brand gesetzt wurden. Besser wäre es gewesen, wenn zuerst die elektrische Zündung allein betätigt wurde, damit die Möglichkeit bestand, bei einem etwaigen Versager den Schuss noch durch die Zündschnur abtun zu können. Das scheint mir der Zweck der Vorschriften zu sein, welche in dieser Hinsicht eine Lücke aufweisen. Jedenfalls kann dem Schießmeister, der als zuverlässig galt, ein Verstoß gegen die genannten Vorschriften nicht vorgeworfen werden.

Rundschau

Schwindel, nichts als Schwindel. Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine e. V. (RvA), Berlin SO 16, Köpenicker Straße 75, verdenft an die gewerkschaftsfeindliche Presse eine zur Veröffentlichung bestimmte Notiz: „Gegen den Mißbrauch der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaftsbürokratie“, in der es u. a. heißt:

„Nach dem sogenannten Brauns-Gutachten soll für große Teile der Wirtschaft die 40-Stunden-Woche durchgedrückt werden. — Die Arbeiterschaft der Fachgruppe „Steine und Erden“, die zum überwiegenden Teil im RvA organisiert ist, hat in zahlreichen Belegschaftsversammlungen Stellung hierzu genommen.“

In den weiteren Ausführungen wird dann der „selbstverständliche“ ablehnende Standpunkt der angeblich stattgefundenen Belegschaftsversammlungen dargelegt und die

„verbrecherische Handlung derjenigen, die solche Dinge herbeiführen und dabei von der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter reden“

auf schärfste verurteilt.

Die armen Mitglieder der Brauns-Kommission, von den verurteilten „Gewerkschaftsbürokraten“ ganz zu schweigen. Bedarf es wohl noch eines Wortes, um diesen ganzen Schwindel aufzudecken? Mögen vereinzelte durch die politischen Wirren irreführte Kollegen in diesem, von Unternehmenseite aufgelegten und unterhaltenen, RvA gelandet sein — vom „überwiegenden Teil“ der Steinarbeiterschaft (von den sogenannten Erd-Industrien, weil für uns unzuständig, ganz abgesehen) zu reden, das ist eine so dicke Lüge, daß wohl jeder Leser über sie stolpern muß. Und zur Sache selbst, zu der so dringend notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit, die um so dringender wird, je mehr die Rationalisierung fortschreitet und immer neue und größere Arbeitermassen beschäftigungslos macht, muß da noch ein Wort gesagt werden?

Zawohl! Klärt sie auf, die von den Unternehmern und ihren Sachwaltern benebelten Kollegen. Setzt ihnen auseinander, daß nur die Unternehmer ein Interesse an einer möglichst langen Arbeitszeit haben und daß mancher Ueberstundenjäger morgen schon das Heer der Arbeitslosen vergrößern kann, zu spät einsehend, daß neben anderen Maßnahmen nur die Verkürzung der Arbeitszeit zur Eindämmung und weitesten Einschränkung der Arbeitslosigkeit führen kann.

Nur die Unternehmer haben ein Interesse an einer möglichst großen Reservearmee Arbeitsloser, mit deren Hilfe sie das allgemeine Lohnniveau so niedrig und den in Arbeit stehenden Teil der Arbeiterschaft so gefügig wie möglich zu halten versuchen. Ehrlos der Arbeiter, welcher sich diesen Unternehmern zwecken, die ja nur der Bereicherung der Unternehmer dienen, zur Verfügung stellt.

Ehrliche Arbeiter üben Solidarität durch Erstrebung einer verkürzten Arbeitszeit zur Einstellung Arbeitsloser. Im Interesse der Arbeitslosen ist jede Ueberarbeit zu vermeiden.

Sprachkurse. Anfang September 1931 beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzlehre; Fremdwortkunde, „mit“ oder „nicht“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mark erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: N 54, Rothenhaler Straße 13 (nahe S-Bahn Börse und U-Bahn Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet, außer Sonnabends.

Erfolge des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaues. Der gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau hat in Deutschland einen großen Umfang angenommen. Am erfolgreichsten in ihren Arbeiten dürfte die gewerkschaftsähnliche Wohnungsbau-Gesellschaft „Gehag“ (Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und -Baugesellschaft AG.) sein. Sie kann für das Jahr 1930 über ein Rekordergebnis berichten. Rund 4000 Gehag-Wohnungen sind in diesem Jahr fertiggestellt oder waren im Bau. Darunter die Wohnstadt Karl Legien mit 1145 Wohnungen und der Hof-Hof, Treptow mit 862 Wohnungen. In den 6½ Jahren ihres Bestehens hat die Gehag insgesamt rund 8500 Wohnungen, darunter 2450 Einfamilienhäuser errichtet. Das Aktienkapital der Gehag in Höhe von 1 Million Mark befindet sich zum überwiegenden Teil in den Händen der Gewerkschaften. Der Rest ist auf andere Institute, die der Arbeiterbewegung nahe stehen, verteilt. Bei der heutigen schlechten Lage am Baumarkt wird sich der bisherige Aufstieg der Gehag nicht fortsetzen. Jetzt könnte billiger gebaut werden, aber es fehlt an den nötigen Mitteln. Die Gehag hat sich unter dem Zwang der Verhältnisse entschlossen, im Interesse einer Versorgung der werktätigen Bevölkerung Berlins mit preiswerten Neubauwohnungen, deren Erstellung durch die starken Preisstürze am Baumarkt ermöglicht wird, mitzuwirken. Die ungeheure Kürzung der Hauszinssteuer-mittel für den Wohnungsbau gestattet jedoch nur noch den Bau so weniger Kleinwohnungen, daß die außerordentlich günstige Preis-lage am Baumarkt im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung nicht ausgenutzt werden kann. Dadurch wird auch die Entwicklung der Gehag ungünstig beeinflusst. Es ist bebauerlich, daß ein solch erfolgreiches und wahrhaft gemeinnütziges Unternehmen in seinem Wachstum unterbrochen wird.

Briefkasten

Reponud. Als Antwort auf Deine Anfrage gilt der erste Artikel auf der dritten Seite in der vorliegenden Nr. 35: „Die Entwicklung des Steinarbeiterverbandes im Rahmen des DGB seit 1928“. Das, was Du meinst, ist wohl betäubend, aber nicht verwirrend. — Das andere ist rein persönlich eine unangenehme Sache, wird aber doch überstanden, waren schon schlechtere Erlebnisse. In Frankfurt a. M., ja. Gruß.

Haftet der Mann für die Schulden seiner Frau? Bekanntlich ist die Frau berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungsbereiches vornimmt, gelten als im Namen des Mannes abgeschlossen, wenn nicht aus den Umständen sich etwas anderes ergibt. Soweit also die Frau für den Mann handelt und handelt darf, muß der Mann dafür aufkommen, obwohl er seine Unterschrift nicht gegeben hat. Das gilt nur im Rahmen der häuslichen Schlüsselgewalt. Darüber hinaus haftet der Mann natürlich nicht, ebensowenig wie er bei Ueberziehung des häuslichen Wirkungsbereiches haftet. Bei Mißbrauch kann der Mann das Vertretungsrecht seiner Frau beschränken oder ausschließen. Das geschieht durch Eintragung ins Güterrechtsregister beim Amtsgericht. — Womit haftet nun die Frau, wenn der Mann nicht in Anspruch genommen werden kann? Die Gläubiger der Frau können ohne Rücksicht auf den Mann Befriedigung aus dem eingebrachten Gute verlangen. Das eingebrachte Gut haftet für eine Verbindlichkeit der Frau, die erst nach Entstehung entstanden ist, nur dann, wenn der Mann seine Zustimmung zum Rechtsgeschäft erteilt oder wenn das Rechtsgeschäft ohne seine Zustimmung ihm gegenüber wirksam ist.

Frankreichs Straßenbau. Bekanntlich hat Frankreich ein großzügiges Straßenbauprogramm aufgestellt, nach dem bis zum Jahre 1950 die gesamten Landstraßen Frankreichs einschließlich der durch den Friedensvertrag hinzugekommenen Gebiete Elsas-Lothringens modernisiert werden sollen. Der Kostenbetrag wurde seinerzeit auf 715 Millionen Frank veranschlagt, eine Summe, die bei der Länge des französischen Straßennetzes von 232 000 Kilometer nicht hoch gegriffen ist. Nunmehr soll, um der großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen, eine Beschleunigung der Arbeiten durchgeführt werden. Vorgeesehen ist, daß bis zum Jahre 1933 rund 10 000 Kilometer auf mindestens neun Meter verbreitert werden. Nach Möglichkeit sollen diese Arbeiten so beschleunigt werden, daß mit ihrer früheren Vollendung gerechnet wird. Dazu kommt die Umwandlung von 250 Eisenbahnübergängen in Unterführungen und der Neubau von 56 Brücken. Der Kostenaufwand ist auf 443 Millionen Mark veranschlagt. Der größte Teil dieser Straßen befindet sich in einem schlechten Zustande, und es hat bisher nur an den Mitteln gefehlt, daß die Modernisierung so lange aufgeschoben wurde. Den Anstoß zu der beschleunigten Durchführung des Straßenbauprogramms gab die wachsende Arbeitslosigkeit, von der Frankreich jetzt in starkem Ausmaße betroffen ist. Im Unterschied von anderen Ländern verfügt Frankreich über starke finanzielle Mittel, um derartige Pläne auch durchzuführen zu können.

Wer wirft sein Geld zum Fenster hinaus?

Natürlich niemand, nicht wahr? Denn erstens, wer hat überhaupt Geld? Und zweitens — vorausgesetzt man hätte — wer möchte sich dem zärtlichen Gespött seiner lieben Mitmenschen über solcherlei Verschwendungsstünke aussetzen? Folglich geht man vorsichtig mit seinem Gelde um, rechnet und rechnet und drückt auf alle Fälle seinen Daumen fester auf das Portemonnaie. Zwar hat schon ein paar hundert Jahre v. Chr. ein talentierter Chinese namens Li-tai-pe in einem seiner Zehgedichte gesagt:

„Schmeiß die Taler zum Fenster hinaus, es wird sie schon wer zusammenschippen.“

Aber das sind Verse! Sonst ist es jedoch wohl kaum bekannt geworden, ob wirklich einer eine solche „Klingende“ Tat vollbracht. Es wirft also niemand sein Geld zum Fenster hinaus. Davon ist jeder überzeugt. Aber man weiß auch: Ueberzeugung . . .!

Um aber auf das zum Fenster hinausgeworfene Geld zurückzukommen! Wie schon erwähnt, so frisch-frei-weg braucht das ja nun gerade nicht zu geschehen. Es gibt schließlich auch hier Umwege zum eigentlichen Vergnügen. Es klappert auch nicht so, als wenn man seine Markstücke direkt per kürzestem Schwmung auf das harte Pflaster befördert. — Da gibt es z. B. noch immer Gewerkschafter, die sogenannte Verjährungszeit-schriften abonnieren und nun glauben, eine vollwertige Versicherung auf ihr Leben abgeschlossen zu haben. Darum lesen sie dann auch die wöchentlich ins Haus gebrachten Hefte nicht, zumal der darin gedruckte Kram zu ihren gewerkschaftlichen Interessen paßt wie etwa Braunbier zur Bartpflege. Man liest höchstens dann und wann einmal wieder, daß so und so viele Tausende ausgezahlt wurden und döst nun weiter in der Illusion, doch gut versichert zu sein.

Woche um Woche wird somit treu und brav der gewiß nicht mäßige Abonnementspreis bezahlt. Mark reißt sich an Mark wie am laufenden Band, zwar nicht zum Fenster hinaus, sondern nur zur Tür — immer weiter, immer tiefer — in die Taschen der Zeitschriftenverleger, deren selbstgerühmte „hervorragende Daten auf sozialem Gebiet“ nach ihrer Auffassung bis dato leider noch immer nicht richtig eingeschätzt wurden. Aber das kommt wohl daher, daß — entgegen der weisen Voraussicht der Verleger — die einfalligen Abonnenten nicht in der richtigen vorgeschriebenen Weise zu sterben bzw. zu verunglücken wijfen. Immer steht da in den Versicherungsbedingungen irgendwie eine einschränkende Bestimmung — beim Auszahlen natürlich — im Wege. Und dieser Bestimmungen gibt es beinahe so viele, als Versicherungsbestimmungen vorhanden sind.

Das ist der Dreh dabei, warum so selten einer etwas bekommt. Den paar einzelnen wirklich nicht zu umgehenden Auszahlungen steht ein endloses Heer von Abonnentenschäfflein gegenüber, die alle blechen, blechen und blechen — ja, bis sich dann bei einem etw. eintretenden Schadenfall die ganze Abonnentenversicherung als ein dürftiges Lotterietüchlein mit unendlichen Bergen von Nieten entpuppt.

Es läßt sich nur schätzen, wieviel Millionen jährlich vom deutschen Volke für die Abonnentenversicherung aufgebracht und somit in anderen nützlicheren Zwecken — wozu auch eine Lebensversicherung bei einem soliden, versicherungstechnisch einwandfrei arbeitenden Unternehmen gehört — entzogen werden. Die sonst sehr geschätzten Herren Verleger schweigen darüber . . .

Ein Arbeiterblatt betitelte vor kurzem einen warnenden Artikel über die Abonnentenversicherung folgendermaßen: „Kauft man Käse beim Schuster?“ Es soll schließlich auch Leute geben, die so etwas für möglich halten. Aber unsere Gewerkschaftskollegen?

Also, laßt die Finger weg von der Zeitschriftenversicherung und jorgt vor allem auch dafür, daß in eurer Abwesenheit etwa die Frau auf die Ueberredungskünfte der dafür arbeitenden Agenten hineinfällt, sonst heißt es zahlen, zahlen und in Weigerungsfalle werden ihr noch verklagt.

Wer einen Bestellschein für die Abonnentenversicherung unterschreibt, der . . .

Nicht wahr? Es wirft doch niemand sein Geld zum Fenster hinaus. D. 3.

Zahlungsfrist und Zahlungsstermine. Aus den finanziellen Schwierigkeiten heraus wurde durch Notverordnung bestimmt, daß die im August fälligen Gehälter in zwei Raten ausbezahlt werden sollen. Die Forschungsstelle für den Handel greift diesen Notbehelf auf, um Vorkäufe zu einer dauernden Auseinanderlegung der Lohn- und Gehaltszahlungsstermine zu machen. Wöchentlich werden etwa 500 Mill. Mark in Löhnen und 1500 Millionen monatlich an Gehältern gezahlt. Die Löhne werden meistens an einem bestimmten Wochentag (Freitag) und die Gehälter an einem bestimmten Kalendertag (zum 1. des Monats gezahlt). Dadurch wird eine störende Belastung der Banken und namentlich des Einzelhandels herbeigeführt. Letzterer steht in den ersten vier Tagen der Woche nicht so viel um, wie in den beiden letzten Tagen. Der Apparat des Einzelhandels wird deshalb ungleichmäßig ausgenutzt. Ein verluftbringender Leerlauf ist die Folge. Deshalb schlägt die Forschungsstelle für den Handel zur Hebung der Wirtschaftlichkeit im Handel folgende dauernde Regelung vor:

1. Die wöchentlichen Lohnzahlungsstermine sind so zu verteilen, daß innerhalb eines Wirtschaftsjahres an jedem Wochentage etwa die gleiche Lohnsumme zur Auszahlung gelangt, wie es bereits für Erwerbslose durch die Arbeitslosenversicherung geschieht. Die Einteilung der Betriebe in Gruppen hat durch die Industrie- und Handelskammern im Einverständnis mit den zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zu erfolgen.

2. Die monatlichen Gehaltszahlungen für Angestellte sind auf die zweite Monatshälfte zu verteilen unter Beibehaltung des gleichen Wochentages für die Zahlungen ein- und desselben Betriebes.

3. Die monatlichen Gehaltszahlungen für Beamte sind ebenso über die erste Monatshälfte zu verteilen, also nicht unter Beibehaltung der festen Kalendertage, wie sie die Notverordnungen gegenwärtig noch vorsehen.“

Es ist nicht zu verkennen, daß diese Methode wirtschaftlicher ist als die jetzt übliche. Die Einführung dieses Systems dürfte anfangs mit Schwierigkeiten verbunden sein. Dennoch dürften auch innerhalb der Reihen der Arbeiter, Angestellten und Beamten große Ueberstände gegen eine Auseinanderziehung der Lohnzahlungsstermine nicht bestehen.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

3. Gau. Nach Leipzig und Chemnitz muß Zuzug von Marmorarbeitern unterbleiben! — In Rodewitz verjuchte die Firma Johann Betasch, Granitkiesleiferei, mit allen Mitteln die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

7. Gau. In Schwarzenbach (Oberfr.) ist die Firma Morgen-eier & Schörner wegen Maßregelung gesperrt.

11. Gau. In Lübeck stehen die Steinmeßer im Lohnkampf. —

Holland. Ein deutscher Kollege des Steinseggewerbes in Holland schreibt uns von der großen Erbitterung der holländischen Steinseger, weil deutsche Kollegen unter den dort üblichen tariflichen Sätzen arbeiten. Die Folge ist, daß die Löhne im allgemeinen von den Unternehmern gedrückt werden, zum Schaden der holländischen Kollegen. Das Verhalten der betreffenden deutschen Steinseger ist sehr verwerflich, schlägt der Kollegialität und Solidarität direkt ins Gesicht. Dadurch wird den Steinseger aus Deutschland, die auch im Auslande die gewerkschaftlichen Grundsätze hochhalten, die Stellung sehr erschwert. Von den holländischen Steinseger sind 25 Prozent erwerbslos, deshalb ist jede Zureise nach Holland zwecklos. Wir werden in allernächster Zeit die Namen derer bekanntgeben, die gegen die einfache Arbeitersolidarität verstoßen.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

- Berjammlungen:**
- Sonntag, 30. August:
In Essen (Steinmeßer und Marmorarbeiter) um 10 Uhr bei Fischer (früher Föller).
 - Dienstag, 1. September:
In Mainz nach Arbeitschluß im „Goldenen Pfug“: Voller-sammlung.
 - Sonntag, 6. September:
In Schlawe um 14 Uhr im Gasthof Luchs.

Gau 4 (Steinseggewerbe). Soweit aus den Berichten der Wohlfahrtsklassen im Steinseggewerbe Mitteldeutschlands zu entnehmen ist, gehen die Zahlungen durch die Unternehmer recht mangelhaft ein. So haben zum Beispiel im Bezirk Braunschweig nur wenige Unternehmer Gelder eingezahlt; dasselbe ist im Regierungsbezirk Merseburg und im Bezirk Thüringen der Fall. Soweit aus dem Kassensbuch des Bezirks Thüringen ersichtlich ist, haben nur die nachstehenden Firmen geringfügige Geldbeträge eingezahlt: Gebrüder Hohmann in Jümenau, Karl Schelle in Gotha, Rud. Danz in Weimar und Wilhelm Beder in Mühlhausen. Von circa 70 Steinseggewerbetrieben haben also nur vier Firmen an ihre Pflichten gedacht. Es wird höchste Zeit, daß unsere Mitglieder auf die in Frage kommenden Firmen einwirken, die fälligen Geldbeträge einzulösen, und Quittungsmarken abfordern.

Lauenburg. Die Zahlstellen im Bezirk Köslin werden vom Bezirkskassierer, Kollege E. Kropf, dringend gebeten, an jedem Vierteljahreschluß die fälligen Bezirksbeiträge an ihn einzulösen (E. Kropf, Lauenburg Wommern, Karlstraße 29). Sehr rückständig sind die Orte Dramburg, Belgard, Tempelberg. Die Zahlstellenmitglieder möchten auch darauf sehen, daß alles in Ordnung geht, trotz der gegenwärtigen schlechten Zeit.

Berlorene Mitgliedsausweise. In Uebelsden das Verbandsbuch Nr. 4874 für Heinrich Glabe, Steinpalter, und Nr. 4878 für Richard Quentzin, Hilfsarbeiter.

Adressenänderungen

- 1. Gau: Kremen. Vorj.: Otto Salpeter, Dammstr. 204. — Schlawe. Vorj.: Paul Wollter, Neu-Warschow, Kreis Schlawe.
- 4. Gau: Liebenwerda. Postbezeichnung für Körba: Herzberg (Efter) Land.
- 10. Gau: Oberbeisheim. Vorj. u. Kass.: Johannes Knerim, Niederbeisheim, Kr. Homberg, Bez. Kassel.

Anzeigen

Seit 10 Jahren Spezialfertig. **Steinbruchschuh handgebund.** Garantie für jedes Paar, hochwertigste Qualität, reelle Beliefer. **14.75** portofr.



Nichtgetall. gegen Betrag zurück. **Herm. Welbers Berufsschuhwerk** Bad Godesberg

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 11.50 Mk., aus II-Drahtleder 8.— und 6.— Mk. **Maurersocken** 1.10 Mk. **Echt Linder-Manchesterhosen** Qual. I 15.—, II 11.50, III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohfeld, Dresden 6, Ritterstr. 2** (Spezialfabrik für Berufskleidung)

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstahl **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern! auch nach außerhalb **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt **ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstraße 6**

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Hamburg. Am 8. August der Steinsetzer August K o r f, 27 Jahre alt, 18 Monate krank, Lungenleiden; am 16. August der Steinsetzer Gustav H e i s e, 60 Jahre alt, 8 Wochen krank, Magenkrebs.
 - Bremen. Am 9. August der Sandsteinmetz Fritz T i e g e, 26 Jahre alt, 2½ Jahre krank, Staublunge.
 - Strehlen. Am 11. August der Brecher Julius B ö h m, 73 Jahre alt, Altersschwäche.
 - Gommern. Am 18. August der Pflastersteinmacher Wilh. K r a u s e, 50 Jahre alt, 82 Wochen krank, Tuberkulose.
 - Berlin. Am 19. August der Sandsteinmetz Robert L u t h e r, 47 Jahre alt, 7 Wochen krank, Rippenfellentzündung.
- E H R E I H R E M A N D E N K E N

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst W i n d l e r, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Wie die deutsche Reichsbahn ihre Gesteinsmaterial prüft

Zu den größten Abnehmern der Erzeugnisse der Steinindustrie zählt die Deutsche Reichsbahn AG. Werden doch allein für die Erneuerung der Bettung auf den Strecken der Deutschen Reichsbahn jährlich etwa 40 Millionen RM nur für Bettungstoffe ausgegeben.

Angesichts dieser Tatsache ist es von Interesse, zu vernehmen, in welcher Weise die Reichsbahn den ihr angelieferten Gesteinstoff vor der Verwendung auf seine Eignung und Beschaffenheit in einem besonderen Verfahren nachprüft.

Die der Genannte einleitend feststellt, erachtet die Bahn angesichts des hohen einschlägigen Kostenaufwandes, wozu noch die Kosten für Ausbau und Abfuhr der alten Bettung sowie für Anfuhr und Einbau der neuen Bettung kommen, es für dringend geboten, für eine möglichst lange Lebensdauer der Bettung durch geeignete Maßnahmen zu sorgen.

Dies trifft besonders zu für den Trommelversuch, die bekannte Prüfung auf Ranten- und Stoßfestigkeit, die vor mehreren Jahren auf Vorschlag des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem auch bei der Reichsbahn Eingang gefunden hatte.

Als ebenso ungeeignet muß ein Verfahren angesehen werden, bei dem Browürfel des Gesteins durch Schläge eines Fallbären zertrümmert werden. Zum Vergleich der Schlagfestigkeit verschiedener Gesteine soll die zur Zertrümmerung von mehreren Würfeln im Mittel erforderliche Schlagarbeit dienen.

Die Arbeitsgemeinschaft hat inzwischen eingehende Vorschläge für die Prüfung von Gleisbettungstoffen ausgearbeitet. Hiernach sollen die Gesteine aus allen Steinbrüchen, die für die Reichsbahn regelmäßig Gleisbettung liefern, von Zeit zu Zeit auf ihre Verwendbarkeit und Wertigkeit eingehend untersucht werden.

Ferner soll die Gewinnung und Herstellung der Bettungstoffe von den Vorstehern der Bahnhauptstellen, in deren Bezirk die Steinbrüche liegen, überwacht werden, damit die Verarbeitung ungeeigneten Gesteins ausgeschlossen und eine einwandfreie Sortierung der Bettungstoffe nach der vorgeschriebenen Körnung sichergestellt wird.

Für die regelmäßigen Gesteinsuntersuchungen ist auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft inzwischen eine eigene Gesteinsprüfstelle bei der Reichsbahndirektion Kassel eingerichtet worden, die mit einem Geologen und einem technischen Prüfbeamten besetzt ist.

Ob und in welchem Maße ein Gestein zur Herstellung von Bettungstoffen geeignet ist, hängt von seiner Dauerhaftigkeit, also von seiner Widerstandsfähigkeit gegen zerstörende Einwirkungen ab.

Die Witterungseinflüsse, der Druck der Verkehrslasten und die Schläge beim Stopfen.

Durch die Witterungseinflüsse können Bettungstoffe von ungenügender Wetterbeständigkeit selbst während ihrer verhältnismäßig kurzen Liegedauer physikalisch oder chemisch so verändert werden, daß sie ihre Festigkeit einbüßen oder sogar zerfallen.

Durch den Druck der Verkehrslasten werden die Bettungstoffe nicht so stark beansprucht, wie vielfach angenommen wird. Der Druckbeanspruchung bieten vielmehr schon Gesteine mit einer Druckfestigkeit von etwa 1500 kg/cm² genügend Widerstand.

Durch die Schläge beim Stopfen werden dagegen die Bettungstoffe so stark beansprucht, daß selbst die festesten Gesteine nach und nach zu Splitt, Grus und Staub zertrümmert werden.

In Anbetracht dieser verschiedenen Einwirkungen muß zur Beurteilung von Gesteinen auf ihre Eignung zur Gleisbettung geprüft werden. Genügen die Gesteine der ersten Bedingung, so ist ihre Dauerhaftigkeit lediglich von dem Grade ihrer Schlagfestigkeit oder Zähigkeit abhängig.

Bei der Untersuchung wird festgestellt: Die mineralogische Zusammensetzung des Gesteins (Art, Mengenverhältnis, Beschaffenheit und Erhaltungszustand der Gemengteile); die Gesteinsart; Die Art des Gefüges und der Kornbildung und alle sonstigen Eigentümlichkeiten des Gesteins, wie Hohlräume, Poren, Risse usw.

Die Wasseraufnahme bei normalem Luftdruck, die Wasseraufnahme unter Druck. Das Verhalten wassergetränkter Proben bei dem Frostversuch (2maliges Gefrieren und Wiederauftauen).

Die Untersuchungen auf Sonnenbrand wird bei den Basalten vorgenommen, die bei der mikroskopischen Untersuchung als „Sonnenbrandner“ verdächtig erscheinen. Der „Sonnenbrand“ kann meist schon durch Kochen oder Aetzen der Proben mit chemischen Lösungen festgestellt werden.

Die Prüfung der Bettungstoffe auf Widerstandsfähigkeit wird in folgender Weise gegen Zerbrüchen vorgenommen: In einem zylindrischen eisernen Behälter von 17 cm Ø i. L. werden 3 Liter trockenen Probekotters in einer bestimmten Korngröße und Kornzusammensetzung eingebracht und mit einem eisernen Stempel von 16,8 cm Ø bis zu 40 t belastet.

Die vorliegende Prüfung erübrigt sich, wenn die Druckfestigkeit des Gesteins erfahrungsgemäß über 1500 kg/cm² hinausgeht, was bei den meisten Erstarrungsgesteinen und Grauwaden der Fall ist. Für die überaus wichtige Prüfung der Bettungstoffe auf Widerstandsfähigkeit gegen Zertrümmerung durch Schlag mußte ein neues Verfahren ausgebildet werden.

Die Prüfungsergebnisse mußten einen Vergleich der Widerstandsfähigkeit verschiedener Bettungstoffe gegen Schlagwirkungen ermöglichen, um hier noch ihre Gütezahlen feststellen zu können. In Anbetracht dieser Bedeutung der Prüfungsergebnisse für die Bewertung der Bettungstoffe mußte die Prüfung sehr zuverlässig und einwandfrei sein.

Nach langwierigen Versuchen ist es gelungen, ein diesen Anforderungen entsprechendes Prüfverfahren zu finden, nachdem eine geeignete Prüfvorrichtung gebaut worden war. Zur Prüfung dient ein elektrisch angetriebenes Fallwerk mit einem zylindrischen Fallbären von 19 cm Ø im Gewicht von 50 kg durch dessen Schläge das in einem Mörser befindliche Prüfgerät zertrümmert wird.

Zu jeder Prüfung werden 5 Liter Schotter in einer bestimmten Korngröße und Kornzusammensetzung verwendet. Diese Prüfmenge wird nicht abgemessen, sondern zur größeren Genauigkeit unter Berücksichtigung des Schotterraumgewichts abgewogen. Das in den Mörser eingebrachte Prüfgerät wird mit 50 Schlägen des Fallbären aus einer Fallhöhe von 50 cm zertrümmert.

Zum ganz einwandfreien Vergleich der Widerstandsfähigkeit verschiedener Bettungstoffe gegen Schlagwirkungen kam es darauf an, die Prüfungsergebnisse richtig auszuwerten.

Zu jeder Prüfung werden 5 Liter Schotter in einer bestimmten Korngröße und Kornzusammensetzung verwendet. Diese Prüfmenge wird nicht abgemessen, sondern zur größeren Genauigkeit unter Berücksichtigung des Schotterraumgewichts abgewogen. Das in den Mörser eingebrachte Prüfgerät wird mit 50 Schlägen des Fallbären aus einer Fallhöhe von 50 cm zertrümmert.

Zum ganz einwandfreien Vergleich der Widerstandsfähigkeit verschiedener Bettungstoffe gegen Schlagwirkungen kam es darauf an, die Prüfungsergebnisse richtig auszuwerten. Es mußte daher eine Möglichkeit gefunden werden, alle Kornklassen, die sich bei der Zertrümmerung gebildet haben, zur Beurteilung mit heranzuziehen, um den Grad der Widerstandsfähigkeit lückenlos zu erfassen.

daß jede dieser Kornklassen mehr oder weniger den Gleisbettung entwertet. Die Entwertung ist darin zu erblicken, daß die bei der Zertrümmerung anfallenden Kornklassen in den Hohlräumen des Schotters mehr oder weniger verschwinden, und infolgedessen in ganz verschiedenem Maße außer dem Verlust an Raummenge eine Hohlräumverminderung und damit eine Beeinträchtigung der Wasserdurchlässigkeit herbeiführen.

Diese Entwertung steht zu dem Raumgewicht und dem Dichtigkeitsgrad des mehr oder weniger zertrümmerten Schotters in einem bestimmten Verhältnis und kann daher durch Versuche und Berechnungen zahlenmäßig ermittelt werden. Vorteilhaft man die prozentualen Gewichtsmengen der bei der Prüfung angefallenen Trümmernengen mit diesen Entwertungsfaktoren, so erhält man eine Reihe von Zahlen, deren Summe die Gesamtentwertung der geprüften Schottermenge darstellt.

Die in der vorstehenden Weise für verschiedene Bettungstoffe ermittelte Entwertung in Prozenten bildet die Grundlage zum Vergleich ihrer Schlagfestigkeit, die zu der Entwertung im umgekehrten Verhältnis steht. Seht man daher die Schlagfestigkeit eines bestimmten Schotters n (Normenschotter = 100), so ergibt sich für jeden andern Bettungstoff x die Schlagfestigkeit F nach der Formel:

F x = E n / 100 = E x

Auf Grund der Prüfungsergebnisse beträgt z. B. im Verhältnis zu der Schlagfestigkeit des Basaltkotters = 100 die Schlagfestigkeit des Kalksteinkotters Fk = 18,3 / 46,3 = rd. 40.

Die so errechneten Verhältniszahlen für die Schlagfestigkeit der geprüften Bettungstoffe stellen nach den früheren Darlegungen gleichzeitig ihre „Gütezahlen“ dar.

Die Streuung ist bei den mit jedem Gestein vorgenommenen zwei Prüfungen außerordentlich gering, im Durchschnitt nur 4 Prozent, ein Beweis, daß bei dem neu ausgebildeten Prüfverfahren alle Zufälligkeiten fast vollständig ausgeschaltet sind. Die Ergebnisse dieser Schlagprüfung sind daher so einwandfrei, daß sie eine sichere Grundlage für die Bewertung verschiedener Bettungstoffe bilden können.

Wenn nach den vorstehenden Gesichtspunkten alle Gesteine aus den für die Reichsbahn liefernden Steinbrüchen geprüft und bewertet sind, werden die Beschaffungsstellen der Reichsbahn eine sichere Handhabe haben, künftig auch die Güte der Bettungstoffe bei der Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots zu berücksichtigen. Damit ist die Voraussetzung für eine Auswahl der Bettungstoffe auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegeben.

Planwirtschaft der Konsumgenossenschaften

—ff. Die tiefgehende wirtschaftliche Unsicherheit, die infolge der grassierenden Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern der Welt mit rund 20 Millionen beschäftigungslosen Menschen allmählich das ganze Wirtschaftsleben erfasst hat, schafft eine Atmosphäre, die grundlegenden Veränderungen des Wirtschaftslebens voranzugehen pflegt.

Die Produktivkräfte der Menschheit — industrielles und landwirtschaftliche mit dem privaten Eigenbesitz an Maschinen, Grund und Boden — sind allmählich als eine der Folgewirkungen in den von Karl Marx vorausgesehenen Widerspruch mit den ökonomischen Interessen der Menschen getreten.

Selbstverständlich kann diese Problemlösung nur auf die industriekapitalistische und großgrundbesitzende Erzeugungswirtschaft angewendet werden — handwerkliche und bäuerliche Erzeugungswirtschaft können außer Betracht bleiben, da sie von gar keiner entscheidenden Bedeutung für die Lösung des Problems sind.

Da ist es nun von höchstem Interesse für die geistige Vorbereitung einer materiellen Umformung der besseren Lebensmöglichkeiten der Menschen in den industriellen und agrarischen Kulturländern der Welt, einen praktischen Anshauungsunterricht aus der genossenschaftlichen Wirtschaftsform zu gewinnen, wo ohne politisch-weltanschauliche Voraussetzung der Besitz der Produktionsmittel sich im Einklang befindet mit der gerechten Verteilung der erzeugten Güter.

Es sind die Konsumgenossenschaften, die jenen praktischen Anshauungsunterricht für die allmählich auch von einem Teil der bürgerlichen Presse in dunklem Orange geforderte „Planwirtschaft“ bilden. Und bedeuten sie im Verhältnis zur Volkswirtschaft eines Landes oder der Weltwirtschaft der Völker auch nur einen kleinen Ausschnitt, so bilden sie doch ihrem Wesen nach den Schlüssel des Problems einer gerechten Verteilung der Gütererzeugung. Maschinen, Werkzeuge, technische und Verkehrsmittel (Schiffe, Autos und Pferde), landwirtschaftlich genutzter Grund und Boden, Wohnhäuser und Fabriken bilden mit Milliardenwerten das gemeinwirtschaftliche Eigentum von 50 000 bis 60 000 Konsumgenossenschaften der Welt mit 35 bis 40 Millionen Familien als Anteilseignern: alles gehört allen und nichts einem einzelnen.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Der General in der Riste

Zu den Dingen, die eine geschäftstüchtige Fremdenindustrie dem Reisenden, der nach Flandern kommt, zu zeigen nicht versäumt, gehört der lange Nag. So heißt das Geschütz, mit dem die Deutschen während des Krieges aus einer Entfernung von 70 Kilometer den Hafen von Dünkirchen beschossen. Das Geschütz, dessen Rohrlänge nahezu 20 Meter beträgt und dessen Armierung aus dicken Stahlplatten besteht, die jede für sich auf einem Wagen hertransportiert werden mußten, konnte beim Abschluß des Krieges nicht mitgenommen werden. Eine versuchte Sprengung mißlang und so blieb das Ungetüm denn als Erinnerung an „le grand malheur de caque“ stehen. Und daß dieses Erinnerungsstück nicht vergessen wird, dafür sorgen die Reisegelehrten, deren „blue and read Cars“ jeden Tag zu Dutzenden nach Leugendboom fahren, um hier ihren neugierigen Inhalt auszuladen.

Wer seine 2 Franken dem hier wie bei allen Erinnerungsstätten des Krieges postierten Invaliden geopfert hat, darf heran an das Ungetüm und die Geschichten anhöhen, die eifrige Fremdenführer unentwegt erzählen. In ihrem Munde nimmt sich der Krieg wie eine Kette verzweigten, aus lauter Idealismus und Kühnheit herausgeborenen Helmentaten aus und wenn sie beginnen, die Maße dieses Ungetüms, das sich mit hängendem Munde vor dem Besucher reckt, zu erklären, dann klingt es manchmal, als seien die Engländer und Franzosen und vielleicht sogar die Belgier heute noch stolz darauf, daß einmal eine so große Kanone ihr Leben bedrohte.

Wie gesagt, es hört sich nur so an und die meisten denken sich gar nichts dabei. Vielleicht weil sie nicht hinhören, oder weil sie so eifrig damit beschäftigt sind, sich die 2000 Pfund, die ein einziger Nag aus dieser Kanone gekostet haben soll, in die eigene Valuta umzurechnen und darüber nachzudenken, was man dafür alles hätte kaufen können, wenn... Da aber ist der Führer meist schon weitergegangen und sie haben Mühe nachzukommen, damit ihnen auch nichts entgehe. So kommen sie an eine Stelle innerhalb des Ringes aus Beton, in dem das Geschütz aufgebaut ist, wo in dem Rasen eine Narbe ist, die wie ein großes Herz aussieht. Hier war mal ein Blumenbeet, das aber von den vielen, die Tag um Tag hierher kommen, längst niedergetreten ist. Die Fremden, die sich wieder wiffiger über ihren Führer scharen, erfahren, daß unter diesem Herzen 26 deutsche Soldaten liegen. Die erste Mannschaft des Geschützes. Es war kein Segen auf dieser Kanone, erklärte der Führer pathetisch. Man hatte vergessen den ungeheuren Luftdruck beim Abschuß zu berechnen und so ist die ganze Mannschaft, die das Geschütz bediente, getötet worden. Auch ein General, der zur Befestigung anwesend war, ist dabei zugrunde gegangen. Liegt der auch hier unter dem Herzen?, fragt dann wohl einer.

Nein. Die Deutschen, müssen Sie wissen, haben ihre Offiziere immer besonders begraben. Sehen Sie hier, diese Riste.

Man sieht wirklich eine zwei Meter lange und meterhohe Riste, deren vordere Wand bereits ausgedrückt ist. Sie ist aus dem gleichen Beton wie der die Unterwand, der gleich daneben steht und in dem die Frau des Invaliden, der das Geschütz bewacht, echte Brabanter Spitzen als Andenken an Flandern verkauft. Die Riste ist bis oben hin mit Erde angefüllt und steht aus wie ein riesiger Blumenkasten, denn gelbgelechte und samtblaue, dunkle und helle Stiefmütterchen blühen auf dieser Erde, unter der ein Toter liegt. Vor der Stirnwand dieses graulichen Blumenkastens steht der Name des Generals und das Jahr seines Todes. Er hieß Stoffel und ist einer von den vier Generalen, die im Kriege auf deutscher Seite den Tod fanden. Man wollte ihn später wohl in die Heimat schaffen und hat ihn darum nur provisorisch begraben. Durch den plötzlichen Rückzug kam der General dann um das ihm zugeordnete pompöse Begräbnis.

Und so liegt er denn in seiner Riste bis auf den heutigen Tag. Und viele Ahs und Ohs verkünden, daß die Fremden sich freuen, neben der langweiligen Kanone eine so interessante Kuriosität zu finden; denn man kann in Flandern wohl die Gräber vieler Namenloser finden, Gräber, in denen die Liegen, die die Tausende und Hunderttausende in den Tod geführt, sind hier wie anderswo selten, denn die Generale haben den Krieg zumeist gut überstanden, und wenn wirklich mal einen von ihnen das gleiche Schicksal ereilte, wie sie es täglich den von ihnen Geführten zudachten, dann sorgten die Ueberlebenden schon dafür, daß der Tod, der sich erlaubte, Herren und Beherrschte gleichzumachen, einen Rüssel bekam, zum Zeichen dessen, daß es ein Oben gab, für das die Unten starben. Und wenn wir Deutschen es bislang auch versäumt, dem unbekannten Soldaten die Ehre zukommen zu lassen, die die andern am Kriege beteiligten Nationen ihm längst zubachten, wir stehen deshalb doch nicht zurück, denn deutscher Frontgeist war es, der als Zeichen der Widersinnigkeit des Krieges sich ein unvergängliches mahnendes Symbol schuf, das wirklamer als alle pomphaften Gräber unbekannter Soldaten den wahren Geist des Krieges aufzeigt: Der General in der Riste.

Erste Hilfe, wo jeder sofort zugreifen muß!

Im allgemeinen wird in jedem Kursus für erste Hilfe, in jedem Buch, in jeder Broschüre und auch in den meisten vernünftigen Zeitungsartikeln über dieses Thema darauf hingewiesen, daß man durch ungeschickliche und falsch angewandte erste Hilfeleistungen einem Verunglückten unter Umständen mehr schaden als nützen kann. Infolgedessen sollen Menschen, die nichts von der Sache verstehen, lieber die Hände davon lassen und einen Sanitäter oder einen Menschen, der in den Dingen der ersten Hilfe Bescheid weiß, herbeiholen. Am besten ist es, sofort stets den nächsten Arzt zu benachrichtigen oder womöglich den Verletzten zum Arzt zu bringen.

Eine zweite, immer wieder mit Recht betonte und in den Vordergrund gestellte Mahnung im Unterricht über erste Hilfe: Ruhe bewahren! Lieber ein paar Minuten lang überlegen, sich genau orientieren, was vorgefallen ist, welche Körperstellen verletzt sind, wie der Verunglückte am besten gelagert wird, wie man ihm seine Schmerzen lindert, wie und wo man ihn anzufassen hat — als daß man durch ein paar gut gemeinte, aber völlig verfehlte Handgriffe ihm Schaden zufügt, Schmerzen bereitet und dadurch das Uebel verschlimmert.

Nur in zwei Ausnahmefällen gelten diese Mahnungen nicht. Zunächst bei dem nicht gerade seltenen Fall, daß Mörtel, Kalk oder Säure in die Augen eines Menschen gespritzt sind. Dies kommt nicht nur bei Arbeitern vor, sondern auch leider gar nicht selten bei spielenden Kindern, die sich der großen Gefahr, in der sie schweben, natürlich ganz und gar nicht bewußt sind. Während man im allgemeinen bei Augenverletzungen natürlich ganz besonders vorsichtig mit seiner wohlmeinenden Hilfe sein soll (am besten das verletzte Auge oder noch besser beide Augen einfach verbinden und damit ruhigstellen, den Kranken sofort zum Arzt oder Augenarzt bringen!), muß man bei Mörtel-, Kalk-, oder Säurespritzern im Auge sofort selbst eingreifen. Diese Notwendigkeit ist dadurch begründet, daß Mörtel, Kalk und ebenso jede zarten Gewebe des Auges sofort ähen und schwerste Zerstörungen anrichten. Daher muß mit allergrößter Beschleunigung sofort für restlose Beseitigung dieser gefährlichen Stoffe aus den Augen gesorgt werden. Die Zentralstelle für Unfallverhütung beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen hat für derartige Unfälle im Arbeitsleben kurze präzise Richtlinien herausgegeben, die ohne weiteres für den Alltag übernommen werden können.

„Das übliche Rühren des Auges durch Auflegen nasser Tücher oder Zubringen von Wasser mittels der Hand ist bei derartigen Verletzungen als durchaus schädlich streng verboten!“

Es sollen dagegen die Spritzer sofort aus dem Auge entfernt werden: Zergeweihtes Gefäß (Tasse, Kanne, Flasche oder dergleichen) wird schnell gereinigt und mit laubarem Wasser gefüllt. Der Verletzte wird zu ebener Erde hingelegt. Sodann kniet ein Mitarbeiter zur Seite des Verletzten nieder und öffnet die Lidpalpe des kranken (Mörtel-) oder säurehaltigen Auges in der Weise, daß er den Daumen der einen Hand auf das Unterlid, den Daumen der anderen Hand auf das Oberlid legt und nun das Oberlid kräftig nach oben, das Unterlid kräftig nach unten zieht. In das auf diese Weise geöffnete und offen zu haltende Auge gießt ein anderer Mitarbeiter aus dem inzwischen herbeigeholten Gefäß Wasser in einem dünnen Strahle aus einer Höhe von 10 bis 20 Zentimeter, und zwar so lange, bis keine Kalk- (Mörtel-) oder Säureteile im Auge mehr vorhanden sind.

Nachdem dies geschehen ist, werden beide Augen — auch das unverletzte! — zugebunden (mit Verbandspäckchen, Taschentuch, Halstuch) und der Kranke schnell zum Arzt, möglichst zum Augenarzt, gebracht!

Der zweite Fall, in dem sofort zugegriffen werden muß, ist der Scheintod durch elektrischen Schlag. Nachdem der Strom ausgeschaltet oder der Verletzte von der auch dem Helfer Gefahr bringenden Stelle der Starthromleitung entfernt ist, muß unverzüglich künstliche Atmung einsetzten. Es darf auch nicht eine Minute oder Sekunde damit gezögert werden. Also in solchem Falle nicht wie bei Gasvergiftungen erst die Fenster öffnen oder den Bewußtlosen transportieren oder bequemer lagern. Zunge herausziehen oder Ähnliches, nicht erst Arzt oder sonstige Helfer benachrichtigen, nicht auf Sauerstoff- oder sonstige Wiederbelebungsapparate warten, nicht erst Sanitätskolonne oder sonstige Transportmöglichkeiten herbeirufen, sondern ohne Verzögerung sofort mit der künstlichen Atmung beginnen. Seitlichlegen des Kopfes verhindert das Zurückgleiten der Zunge und die Verstopfung der Atmungswege. Es ist erwiesen, daß bei elektrischem Scheintod auch nur ein kurzes Hinauszögern dieser Hilfsmaßnahmen das definitive Ableben zur Folge haben kann. Andererseits kann sofort einsetzende Hilfe auch scheinbar völlig Leblose wieder zu selbständiger Atmung und Herztätigkeit bringen und damit lebensrettend wirken. Gleichzeitig sei aber darauf verwiesen, daß diese Wiederbelebungsversuche durch künstliche Atmung nötigenfalls stundenlang fortgesetzt werden müssen. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen noch nach zwei und drei Stunden die ersten Anzeichen wiedererwachenden Lebens auftraten. Selbstverständlich müssen in solchen Fällen die Helfer sich abwechseln, und es muß in der Zwischenzeit alles getan werden, um nach Möglichkeit sofort einen Arzt herbeizuholen, zumal dieser durch entsprechende Einspritzungen von herzlebenden Mitteln die Wirkungen der künstlichen Atmung unterstützen und so den elektrischen Scheintod erfolgreich bekämpfen kann.

Die erste Zeitung der Welt

Es sind in diesem Jahre drei Jahrhunderte vergangen, seit in Paris die erste Zeitung gegründet worden ist. Es handelte sich um eine Wochenzeitung, die von einem Arzte, Theophraste Renaudot, ins Leben gerufen wurde.

Renaudot wollte, so lesen wir in der Deutschen medizinischen Wochenschrift, die vielen Patienten von ihren Schmerzen ablenken. Er wollte sie im Wartezimmer unterhalten und überlassen. Und deshalb schaffte er eine Zeitung, die also zuerst als Mitteilungsblatt für das Wartezimmer gedacht war.

Daraus erkennen wir schon, daß diese erste Zeitung der Welt nicht auf Gewinn eingestellt war, daß sie vielmehr eine ideale Aufgabe zu erfüllen hatte. Und wie der Geist des kleinen Blattes gewesen ist, das läßt uns die Charakteristika vermuten, die uns die genannte wissenschaftliche Zeitschrift von dem Arzte gibt. „Der Arzt und Redakteur — so heißt es da — war ein Menschenfreund von gewaltigen Ausmaßen. Er wurde der Fürsorger der Landstreicher, der Arbeitslosen und Geisteskranken von Paris. Kostenlos behandelte er die gänzlich Unbemittelten.“

Doch damit nicht genug. „Der Begründer der Presse war auch gleichzeitig der Vater des modernen Arbeitssamtes“, wie es da heißt. „In seinem Sprechzimmer errichtete er ein „Bureau d'adresse“, in dem sich seine Freunde, die Vermittler von Paris, täglich versammelten. Er erhielt darum auch vom König den Titel eines Generalkommissars der Armen, aus dem sich dieser begabte und sozial führende Mensch wohl wenig gemacht haben wird.“

Als Redakteur war er natürlich von dem gleichen Geiste erfüllt. Seine Zeitung kannte nichts größeres als die Wahrheit. Sein Blatt war eine Zeitung der Gerechtigkeit, der Wahrhaftigkeit und des sozialen Bestehens.

Die erste Zeitung war darum eine soziale Zeitung. Aber es war mit dieser Idee der Zeitungsgründung wie mit so vielen großen Ideen, sie wurde nachher zu Profitzwecken ausgenutzt. Sie wurde später eingesperrt in die kapitalistischen Interessen. Und erst in der großen sozialen Bewegung dieser Zeit feiert die Zeitung in ihrer ursprünglichen Art ihre Auferstehung. Hierbei fand die moderne soziale Zeitung zwei Aufgaben, die politische und die wirtschaftliche. Und dieser wirtschaftlich-sozialen Aufgabe, die vor 300 Jahren kaum im Keime vorhanden war, dient heute allein in Deutschland eine Gewerkschaftspresse mit Millionen-Auflage.

Der Kapitalismus wird nicht mehr verstanden

Wahrscheinlich ist es für das Gesamtleben der Menschheit eine der schlimmsten Folgen der komplizierten Entwicklung, daß künftig überhaupt nur wenige Weltwirtschaftsachverständige Politik treiben können. Der Führer alten Schlages, der schlichte Mann von Gesinnung und Tatkraft, vermag als solcher das Getriebe nicht mehr zu übersehen.

So schreibt Prof. Spranger zur geistigen Lage der Gegenwart in der „Erziehung“, und es muß darum denn doch eigentlich auch dem Wissenschaftler als das Natürliche erscheinen, solche unmögliche Wirtschaftsordnungen zu erfassen durch eine andere, die, weil sie aus einem Gedanken heraus gestaltet ist, dem der Gemeinschaft, auch wieder allen zu verstehen sein wird.

Die radikale Entwicklung der Rationalisierung bei uns zeigt, daß selbst auch die wenigen, an die Prof. Spranger noch glaubt, nichts von ihrem eigenen Kapitalismus mehr verstehen. Denn sie erkennen jetzt, daß Amerika mit seinen hohen Löhnen nicht zu vergleichen war mit dem Europa der niedrigeren Löhne bezüglich der Maschinisierung. Aus dem Kapitalismus heraus betrachtet war ihr eigenes Handeln falsch. Es gibt eben niemanden, der solchem Wirtschaftschaos des Kapitalismus noch einen vernünftigen Sinn geben kann.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Parlament im Freien

Es ist nicht zu sagen, daß es gerade angenehm ist, in einer Riesenstadt wie London Angestellter zu sein. Zwar handhabt man den Achtstundentag loyal, aber viel Zeit geht verloren, um in das Zentrum dieses unübersehbar häusermeer hinein und wieder herauszukommen. Mittags, wenn für eine oder zwei Stunden die Arbeit in den engen Büroräumen, in denen ewig die Lampen brennen, ruht, ist schon gar nicht daran zu denken, nach Hause zu fahren und in Ruhe und Bequemlichkeit die stärkende Mittagsmahlzeit einzunehmen. Und so bleiben denn Zehntausende von jungen Menschen in der City. In einem der zahllosen Lunchrooms, die es in manchen Straßen in jedem zweiten Hause gibt, bestellen sie sich ein billiges Essen, oft nur ein gebadenes Ei auf geröstetem Brot oder ein Stückchen Käse, seltener schon eine richtige Mahlzeit mit Suppe und Fleisch, und dann geht's auf die Straße. Draußen haben sich Obstbänke aufgebaut. Milchmänner sind gekommen, Schokoladenverkäufer, die ihre Ware an die absetzen, deren Gehalt nicht mal zum Betreten eines Lunchrooms langt. Und so sieht man die jungen Männer, manche noch mit dem Zylinder, der das Symbol ihrer Tätigkeit in einer der Banken ist, bekleidet, andere barhäuptig und die Hände in den Hosentaschen, in den vom Benzingeruch durchsetzten Straßen promenieren. Wer Zeit genug hat, verschwindet wohl zu einem der nahen Parks, um dort Schwäne zu füttern oder er geht zur St.-Pauls-Kathedrale, um hier den Tauben zuzusehen, die von Angestellten und Vorüberkommenden gefüttert werden und die den jungen Mädchen dankbar auf die Schultern fliegen.

Doch nicht alle, die da für eine Stunde oder zwei dem dumpfen Druck ihrer Arbeitsfront entronnen sind, finden ihr Vergnügen an den biden Tauben; zu flirten gibt es auch nicht viel, denn die Zahl der weiblichen Angestellten in diesem Viertel ist gering und wo schon eine hübsche Kleine sich sehen läßt, ist sie von drei oder vier Verehrern, weniger um der Verehrung willen, als aus Gründen der Langeweile, umschwärmt und das Ergebnis ist, was man totschlägen wollte, Langeweile.

Das wissen natürlich auch die Wanderredner, die Sonntags im Hydepark ihre Weisheiten verzapfen und so kommen sie denn, ein kleines Gestell, aus dem sich mit wenigen Handgriffen eine Art Kanzel machen läßt, unter dem Arm und bauen sich mitten im Parkviertel auf, um einen Angriff auf die Langeweile zu unternehmen. Wenige Minuten nur, kaum daß einer dieser Straßenredner Zeit gehabt hat, sein Gestell aufzubauen, da ist er schon von einigen Dutzend Neugierigen umschwärmt. Aus den Neugierigen werden Zuhörer und ehe noch der Redner, der für die christliche Heilslehre werben will, mit dem Gebet fertig ist, das seine Ansprache einleitet, hat sein Konkurrent, der für die reine Wissenschaft unter Ausschaltung allen Aberglaubens eine Lanze bricht, fünfzig Mann um sich versammelt. Mit der Zahl der Zuhörer wächst die Begeisterung und wer zunächst nur mit dem Munde sprach, redet nun mit Kopf, Händen und Füßen zugleich. Da kann der Mann von der Naturheilkunde nicht viel werden, aber er hat Zeit. Bald ist nebenan die Zahl der Zuhörer so groß geworden, daß die Letzten nicht mehr verstehen, was da vorne gesagt wird. Und nun hat auch der Naturheilkundemann seine Zuhörer. Nicht viel, aber seinem Ehrgeiz genügt es. Nebenan hat ein alter Mann ein halbes Dutzend Menschen um sich versammelt, denen er gerührt seine Lebensgeschichte erzählt. Zum Nutzen der Jungen, denen er immer wieder sein „Loof up“ zuruft. Paßt auf! Das werden sie wohl tun, denn sie sind ja jung und zum Aufpassen hergekommen. Da hat sich auch ein struppiger Prolet auf die Brüstung, die den Platz von einer tieferliegenden Straße abgrenzt, geschwungen, um den Leuten, die ihn umdrängen, vom Sowjetparadies zu erzählen. Da kann nun keiner von den andern mit. Nicht der Katholik, nicht der Naturheilkundemann, nicht der Weise, nicht der Evangelist, wo es was über Rußland zu hören gibt, da stauen sich die Massen. Denn Rußland, das ist noch ein Thema, mit dem man sich auseinandersehen muß. Für oder gegen, das ist gleich, aber das Thema geht den Menschen von heute, der sich aus den Zuständen, in denen er lebt, heraushebt, an. Freilich, hier gibt's auch die meisten Zwischenrufe und der Redner hat nicht die Lammsgeduld des Evangelisten nebenan, der sich jeden Einwand mit überlegener Ruhe anhört, um ihn mit der gewohnten Routine abzutun. Wer von Rußland was weiß, kämpft um seine Meinung und so gibt es hier allerlei interessantes Leben.

Aber die Köpfe schlägt man sich nicht ein. Der Schatzmann, der sich auch eingefunden hat, hat nichts zu tun, sagen darf man hier was man will und handeln... Gott ja, um zwei Uhr, da wird wieder gehandelt. Baumwolle, Stahl, Seife, also was sie wollen. London ist ein Zentrum des Welthandels. Ueberhaupt die Zuhörer. Da gibt es alte Grauföpfe, deren einzige geistige Nahrung diese Reden sind und junge Burtschen, die hier ihre erste Lektion in der Politik bekommen, die alles noch sehr wichtig nehmen und alte erfahrene Arbeiter, die von der überlegenen Worte eines gefestigten Standpunktes aus halb amüsiert anhören, was man ihnen hier mit vielem Ernst vorträgt. Stammgäste gibt es auch, die jeden Mittag wieder zu dem gleichen Redner gehen, die ihm den Vorwand geben, seine Rede zu halten, die niemand sonst hören will. Denn das ist das Schöne bei diesem Parlament, niemand muß zuhören, wenn er nicht will. Und jeder kann sich den Redner aussuchen, der ihm zusagt. Alle können zu gleicher Zeit reden und dennoch stört keiner den andern. Und wer nirgends zu Worte kommen kann, hier kann er sein Stedenpferd reiten und sehen, ob er Anhänger bekommt. Und obwohl jeder der Redner aus seiner Stimme rauszuholen versucht, was drinsteht, die Luft, der Lärm der nahen Straße, die Ohren um ihn herum, schluden viel von seinen Worten und wer sich nur fünf Meter weit wegstellt, hört von all den schönen Reden nichts. Nur wenn die Prommen ihren Speech beendet haben, gibt's einen Augenblick mehr Geräusch, weil sie sich ein Liedchen singen. Aber bei den Prommen stehen nicht viel und so klingt auch dieses dünn. Nur ein halbes Dutzend origineller Typen, denen das Singen um des Singens willen Spaß macht, fallen in die Melodie des Vorsängers ein, um, wenn sie fertig sind, beim nächsten, der ein Lied anstimmt, ebenfalls mitzusingen. Ein seltsamer Gesangsverein, der sich da produziert. Ihn anzusehen ist interessanter, als ihm zuzuhören. Einer, der den Mund sehr weit aufreißt, hat ein verbundenes Auge, wie die Männer in den Geschichten aus den Verbrecherviorteln es gewöhnlich haben. Ein anderer sieht aus wie Jesus. Wenigstens hat er einen Bart, der 12 Jahre kein Messer mehr gesehen. Aber auch sehr bürgerlich aussehende Sänger gibt es, die aus Ueberzeugung ihre Stimme ertönen lassen.

Und das ist gar nicht gut, denn wo soviel Ueberzeugung ist, da sind die Geschäfte schlecht für die, die reellere Dinge als Weisheiten und Wahrheiten an den Mann zu bringen haben. Denn in diesem Gedränge gibt es auch welche, die mit Seife und Gummitragen handeln. Einer hat sogar einen richtigen Stand aufgebaut und zeigt den Zuschauern, wie man mit Hilfe eines Pentagramms eine Zeitungszeichnung oder irgendeine Zeichnung vergrößern kann. Und merkwürdig, obwohl doch ein photographischer Vergrößerungsapparat heute aktueller ist, es gibt immer noch Leute, die sich ein Pentagramm kaufen. Es kostet ja auch nur einen Schilling.

Inzwischen geht die Uhr auf zwei. Truppweise bröckeln die Hörer ab. Die Redner müssen zum Schluß kommen. Da und dort versucht noch ein Hörer eine Diskussion in Gang zu bringen, aber die Zeit vergeht. Die Redner paden ihre Gestelle ein, ziehen sich den Mantel wieder an, den sie in der Hitze des Gefechtes ausgezogen und wenige Minuten nach zwei ist der Platz leer, auf dem eineinhalb Stunden getagt: Das Parlament im Freien.

Erich Griaz.